1 H 3752 C

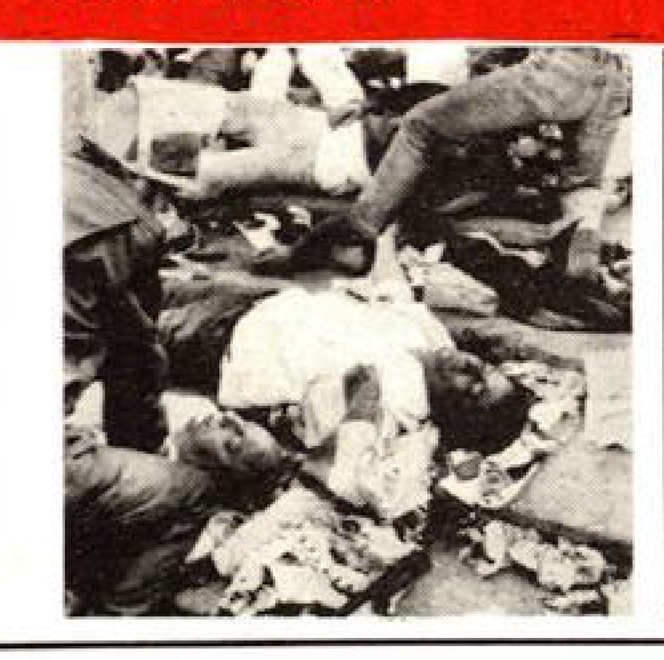
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 23 vom 7. Juni 1985 19. Jahrgang 1 DM

## Diese Woche



Nach Brüssel: *Schmeißt die Faschisten aus den Stadien*

Seite 12

## Das andere Deutschland?



Richard Weizsäckers Besuch in den Niederlanden gefiel offenbar allen — von seinen Widersachern, deren Herz im Takt reichsdeutscher Märsche schlägt, einmal abgesehen. Er gefiel der Königin. Er gefiel ihrem Prinzgemahl, der bei einem Festessen Weizsäcker seine Rede vom 8. Mai in holländischer Sprache und auf königlichen Druckmaschinen gedruckt überreichte.

Und er gefiel den bundesrepublikanischen Medien. Wann hat man schließlich schon mal einen Staatsbesuch, bei dem durch jeden einzelnen Akt unterstrichen wird, daß das Ausland nicht deshalb zu den Deutschen nett ist, weil es Angst vor ihnen hat, sondern weil sie sooo demokratisch sind?

Sicher, als Willy Brandt seinerzeit in Polen auf die Knie fiel, war es noch eindrucksvoller. Aber immerhin hat Weizsäcker den Kranz, den er niederlegte, selbst getragen und irgendwo muß es ja auch noch einen Unterschied zwischen einem sozialdemokratischen Kanzler und einem christdemokratischen Präsident geben.

Einen leichten Mißton gab es allerdings doch. Als Weizsäcker mit Schülern der Abschlußklassen von vier Amsterdamer Gymnasien diskutierte, wurde er gefragt, warum er nichts zum Verbot der SS-Treffen in der Bundesrepublik gesagt habe. Weizsäcker darauf: „Ist euch das so wichtig?"

So ganz das andere Deutschland war es also wohl doch nicht, was sich da wenige Wochen nach Nesselwang und Bitburg in Holland präsentierte...

Nach der Sommderpause

# Heißer Herbst?

**Nach der Sommerpause, im September, soll der Bonner Regierung Dampf gemacht werden. Das hat der Bundesvorstand des DGB jetzt (endlich) beschlossen. Geplant ist eine Aktionswoche vom 16.—22.9., regionale Großkundgebungen vom 20.—22.9. und Belegschaftsversammlungen zwischen dem 9. und 20.9.**




Demonstration gegen Sozialabbau 1982 in Dortmund

Die gewerkschaftlichen Proteste sollen drei inhaltliche Schwerpunkte haben: „Arbeit für alle", „Stopp dem Sozialabbau" und „Verteidigung von Arbeitnehmerrechten". Bei der Verteidigung von Arbeitnehmerrechten ist vor allem der Protest gegen die geplanten Angriffe auf die Stellung der Gewerkschaften im Betrieb über das jetzt angekündigte Minderheitenrechtsgesetz vorgesehen.

Natürlich hagelte es von Seiten der Bonner Regierungsparteien gleich Proteste gegen diese angeblich „parteipolitischen" Aktivitäten des DGB. Unterstützung finden diese Versuche, die Kohl-Regierung aus dem Schußfeld des gewerkschaftlichen Protestes zu bringen, diesmal aber selbst bei christdemokratischen Gewerkschaftern kaum. Dafür haben nicht zuletzt die Kabinettsentscheidungen der letzten Tage gesorgt, die erneut deutlich machen, daß diese Regierung nicht bereit ist, ernsthaft etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen.

So ist zu hoffen, daß die geplanten Gewerkschaftsaktivitäten für September der Kohl-Regierung tatsächlich einen heißen Herbst bescheren werden. Die Leserinnen und Leser des Roten Morgen sind aufgerufen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um eine größt mögliche Mobilisierung zu erreichen.

Stadthagen

# DGB-Demo gegen NPD-Treffen

**Am 15. und 16. Juni will die NPD ihr diesjähriges „Deutschlandtreffen" in Stadthagen abhalten. Der Ort ist nicht zufällig gewählt, er liegt in direkter Nachbarschaft von Hannover. Und dort findet zur gleichen Zeit das Deutschlandtreffen der Schlesier statt.**

Deswegen, so erklärte der NPD-Landesvorsitzende Schimmerohn, sei „eine große Anzahl Mitglieder und Freunde der Partei sowieso in Hannover." Die NPD und die Landsmannschaft der Schlesier stehen sich bekanntlich politisch sehr nahe. Beide sind wütende Verfechter des Revanchismus, hetzen gegen diejenigen, die sie „Verzichtspolitiker" nennen und fordern die Wiederauferstehung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Außerdem hat die NPD angekündigt, daß sie während des Schlesiertreffens ihre Zeitung „Deutsche Stimme" massenhaft verteilen will.

Ob das NPD-Treffen allerdings in Stadthagen überhaupt stattfinden wird, ist noch fraglich. Immerhin hat der Stadtrat der Gemeinde der NPD einstimmig die Stadthalle verweigert.

Außerdem hat der DGB für den 15. Juni in Stadthagen zu einer Demonstration gegen das Treffen aufgerufen, zu der er landesweit mobilisieren will. An dieser Demonstration wird sich ein breites Spektrum antifaschistischer Kräfte aus Niedersachsen beteiligen.

**DEMONSTRATION**
**Samstag, 15. Juni 11 Uhr**
**Auftaktkundgebung** auf dem Opernplatz
**Demonstrationszug** durch die Innenstadt
**Abschlußkundgebung** gegen 13.30 Uhr auf dem Weißekreuzplatz

**Demonstration gegen das NPD-Deutschlandtreffen in Stadthagen. Kundgebung: 11.00 Uhr, Marktplatz**

Flick-Prozeß

# Rückzahlung nicht zumutbar

**Das Kölner Verwaltungsgericht hat jetzt in Sachen Flick ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Es hat nämlich entschieden, daß die Genehmigung für eine Steuerbefreiung auf den Ankauf von Aktien des US-Konzerns Grace von der Bundesregierung nicht rechtens waren, „weil die gesetzlichen Voraussetzungen ... im Zeitpunkt der Erteilung nicht vorgelegen haben." Also eine Schlappe für Flick?**

So könnte man meinen, aber so ist es nicht. Denn zur Kasse gebeten wird der Konzern trotzdem nicht — oder jedenfalls nur in geringem Umfang. Und darum ging es eigentlich in dem Prozeß vor dem Kölner Verwaltungsgericht. Die Bundesregierung hatte vor einiger Zeit ihre Genehmigung widerrufen, 460 Mio. DM standen für Flick auf dem Spiel. Davon muß Flick nach dem Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts 160 Mio. zahlen, den Rest von 300 Mio. — wahrhaftig keine kleine Summe — kann er behalten, auch wenn das eigentlich nicht rechtens ist.

Zum Glück für Flick gibt es nämlich das Verwaltungsverfahrensgesetz. Und darin steht geschrieben, daß ein rechtswidriger Verwaltungsakt, der eine Geldleistung gewährt oder dafür die Voraussetzung ist, nicht zurückgenommen werden darf, wenn der Begünstigte auf den Bestand des Verwaltungsaktes vertraut hat und sein Vertrauen unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse an einer Rücknahme schutzwürdig ist.

Wie wichtig für die Kölner Richter das öffentliche Interesse im Vergleich mit den Interessen des Flick-Konzerns ist, haben sie durch ihr Urteil bewiesen. Mehr noch. Der sogenannte Vertrauensschutz entfällt nämlich, wenn arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung im Spiel waren, wenn unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht worden sind, wenn die Rechtswidrigkeit des „Verwaltungsaktes" klar erkannt wurde. Jeder weiß inzwischen, daß alle diese Dinge im Spiel waren, als Flick seinen Steuerdeal in Szene gesetzt hat. Die Kölner Richter haben sich trotzdem im wesentlichen für Flick entschieden. Zum Glück für Flick gibt es nicht nur das Verwaltungsverfahrensgesetz, das so oder so ausgelegt werden kann. Zum Glück für Flick gibt es auch Richter, die es so auslegen, wie es das Gesetz nahelegt, nämlich: das öffentliche Interesse hat dann zurückzutreten, wenn der „Begünstigte bereits eine Vermögensdisposition getroffen hat, die er nicht mehr oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten rückgängig machen kann."



**Entgegen unseren Meldungen auf Seite 9 haben die schiitischen Milizen das Palästinenserlager Sabra eingenommen und dem Erdboden gleichgemacht (siehe Bild). Mindestens 500 Menschen sind bei den neueren Kämpfen ums Leben gekommen, über 2000 verwundet. Im Lager Shatila sind Seuchen ausgebrochen, zwölf Kinder sind schon an Cholera gestorben. Mehr dazu — Hintergründe:** **Seite 9**

### Volksvertreter oder Siemens-Vertreter?

# Siemens lobt Minister Warnke

Die taz veröffentlichte jetzt einen Brief des Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Kaske, an den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke. In diesem Brief, der laut taz kürzlich in Bonn „auftauchte", bedankt sich Karl-Heinz Kaske sehr herzlich dafür, daß Warnke sich bei seiner Reise nach Pakistan im November 1984 *„... in so hervorragender Weise für unser Haus und unser Angebot für die digitale Vermittlungstechnik in Pakistan verwendet"* hat. Und das, obwohl das „Haus" Siemens diesmal noch nicht einmal in der Besuchsdelegation vertreten war. Aber, wie man sieht, übernahm Warnke den Part des Siemens-Vertreters ohne Probleme mit.

Wem durch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eigentlich Entwicklungshilfe gegeben wird, den westdeutschen Konzernen wie Siemens oder der Bevölkerung ärmerer Staaten, ist sowieso kaum noch eine Frage. Da wird — natürlich ganz zufällig — mal hier und mal dort im Anschluß an einen Staatsbesuch der Verkauf eines Atomkraftwerks perfekt. Da werden im Rahmen von Staatsbesuchen nicht nur an Pakistan, sondern beispielsweise auch an Bangla Desh digitale Siemens-Telefonnetze verscheuert.

Für diese, gelinde ausgedrückt, industriefreundliche Art von Entwicklungshilfe steht der wachsende Anteil von Mischfinanzierungen am Entwicklungshilfehaushalt. (Von 440 Mio 1982 auf 2 Mrd 1984 gestiegen.) Mischfinanzierung bedeutet die Koppelung der Vergabe von Entwicklungshilfe an kommerzielle Kredite, für die die Hermes-Bank die Bürgschaft übernimmt, aber nur dann, wenn es dabei um deutsche Geschäfte geht.

Der steigende Anteil der Mischfinanzierung bedeutet also nichts anderes als die zunehmende Wandlung des Entwicklungshilfeministeriums zu einer Exportabteilung der deutschen Industrie.

So berichtet beispielsweise auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung von der Abnahme kleinerer Projekte, die, besonders ärmeren Bevölkerungsschichten helfen sollen, zugunsten von „Großprojekten, z.B. in der Stromversorgung und im Fernmeldewesen", die ganz anderen helfen — z.B. eben dem Hause Siemens.

DR.-ING. KARLHEINZ KASKE
VORSITZENDER DES VORSTANDS
DER SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

4. Dezember 1984

An den
Bundesminister für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Herrn Dr. Jürgen Warnke
Karl-Marx-Straße 4 - 5

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

vielen Dank für Ihren Brief vom 13. November 1984, den ich mit großem Interesse gelesen habe.

Leider konnte ich ja, wie Sie wissen, an Ihrem und dem Besuch des Bundeskanzlers in Pakistan im Anschluß an die China-Reise nicht teilnehmen, da ich dringende andere Verpflichtungen wahrzunehmen hatte.

Um so mehr bin ich Ihnen dankbar, daß Sie sich in so hervorragender Weise für unser Haus und unser Angebot für die digitale Vermittlungstechnik in Pakistan verwendet haben.
Der Export dieser high technology ist ein wesentliches Element für die Förderung und den Erhalt unserer Weltmarktstellung.
Wie Ihnen bekannt, sind wir in Pakistan sowohl bei der Vermittlungs- wie auch bei der Übertragungstechnik in zwei Fabriken in einem joint venture mit der pakistanischen Regierung seit Jahren tätig.

Ich benutze diese Gelegenheit, um mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, und auch bei Ihren Herren, sehr herzlich zu bedanken für die generelle Aufgeschlossenheit Ihres Ministeriums bei der Finanzierung derartiger Großprojekte, die ja weltweit hart umkämpft sin. und meist über die Finanzierung entschieden werden.

Wir sind unsererseits bereit, auf dem Wege der von Ihnen - auch im Sinne der Erhaltung von Arbeitsplätzen in Deutschland - geförderten Mischfinanzierung unseren Anteil beizusteuer

Nochmals sehr herzlichen Dank für Ihr Engagement in Pakistan

und freundliche Grüße

### „Der Schlesier" droht Polen

# Wir nehmen euch euer Land

**Die revanchistische Hetze aus der braunen Giftküche der schlesischen Geburts-, Abstammungs-, Bekenntnis- und Berufsschlesier reißt nicht ab. „Der Schlesier", Verbandsorgan der Landsmannschaft, hat jetzt einen Artikel veröffentlicht, in dem den im ehemaligen Schlesien lebenden Polen der Raub ihres Grundeigentums angedroht wird.**

Wörtlich heißt es da unter der Überschrift „Wir geben nicht auf": *„Hiermit sei aufgezeigt: Jeder, der sich jetzt herbeiläßt, von der Volksrepublik Polen verwaltetes deutsches Land zum Aufbau einer kommunistischen Kolchose oder Erweiterung seines Betriebes zu übernehmen, muß damit rechnen, eines Tages das mühsam aufgebaute Anwesen ohne jeden Rechtsanspruch wieder zu verlieren."*

So sprechen die Verfechter großdeutscher Junkerherrlichkeit, und so, wie es da geschrieben steht, ist es auch gemeint, selbst wenn Herbert Hupka auch diesmal wieder von einem „Ausrutscher" sprechen sollte. Natürlich handelt es sich auch diesmal um keinen Ausrutscher. Man braucht sich nur den Aufruf der Landsmannschaft zum Treffen in Hannover anzuschauen. Wenn es dort heißt, Schlesien sei „nicht die verlorene Heimat, sondern die geraubte Heimat" und wenn Hupka erläuternd hinzufügt, gewaltsam geschaffene Realitäten des Unrechts dürften nicht anerkannt werden, sondern „Widerstand gegen Gewalt" sei „demokratische Verpflichtung", dann kann man das nicht anders als Kriegshetze bezeichnen. Und Herbert Hupka ist bekanntlich nicht nur der Vorsitzende der Landsmannschaft, sondern auch Mitglied des Bundesvorstandes der CDU.

Wenn Helmut Kohl in Hannover spricht, dann dokumentiert er damit, daß die Bundesregierung und die Vertriebenenverbände die gleichen Ziele haben: Revanche für den verlorenen Krieg, Rückeroberung der verlorenen Gebiete. Helmut Kohl wird sich heute nicht so offen äußern wie Hupka und andere, er wird seine Friedensliebe beteuern, aber an der Sache ändert das nichts.

Es ist, wie gesagt, kein Wunder, wenn sich alte und neue Nazis in den Reihen der Vertriebenenverbände tummeln, wenn faschistisches Gedankengut und faschistische Parolen dort ihre Heimat haben. So zum Beispiel bei dem Göttinger Kreisvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Walter Leifer. Er hat allen Ernstes behauptet, daß die Nazi-Parole „Volk ohne Raum" heute mehr Gültigkeit habe als früher.

Oder bei Arthur Gläser, Kreisvorsitzender des BdV Schaumburg, der schreibt: *„Wer nicht zu seiner Heimat hält und um das geraubte Land mit allen Mitteln seines Ichs zum Kämpfen bereit ist, der ist in seiner Gesinnung ein Knecht ... Lahmherzige, Verzichtler, Verräter und Feige und auch diejenigen, die im geeigneten Augenblick die Fahne nach dem Wind hängen, haben unter uns keinen Platz, werden auch ... vom feindlichen Ausland verachtet und angespuckt."*

Es ist wirklich an der Zeit, diesen Sumpf trockenzulegen.

### Schüler- und Studenten-Bafög

# Eine traurige Bilanz

Vor kurzem legte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft dem Kabinett einen „Bericht betreffend die Auswirkungen der Änderungen des Bafög durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983" vor. Hinter diesem umständlichen Titel verbirgt sich nichts anderes als die Bestandsaufnahme über den Kahlschlag bei der Schüler- und Studentenförderung, für den die Wenderegierung gleich nach Amtsantritt sorgte. Und deshalb ist der Bericht auch nicht für die Veröffentlichung vorgesehen. Er wird unter Verschluß gehalten.

Zur Erinnerung: Beschlossen wurde seinerzeit, Schüler-Bafög nur noch dann zu zahlen, wenn die schulische Ausbildungsstätte nur unter unzumutbaren Bedingungen von der Wohnung der Eltern aus zu erreichen ist. Beschlossen wurde außerdem, daß Studenten-Bafög voll auf Darlehen umzustellen ist. Ein Darlehenserlaß von 25 Prozent ist nur für solche Studierenden vorgesehen, die zu den 30 Prozent der Besten eines Examensjahrgangs gehören.

Diese Änderungen haben dazu geführt, daß die Quote der vom Bund geförderten Schüler von 28 Prozent auf 4,3 Prozent gesunken ist. In absoluten Zahlen: von 455 000 im Jahre 1982 auf ganze 70 000.

Gleichzeitig ist der Anteil der geförderten Schüler aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen zurückgegangen. Der Anteil der geförderten Kinder von Selbständigen dagegen gestiegen.

Zwar gibt es zusätzlich noch eine Förderung der Schüler durch die Bundesländer. Diese Förderung betrifft aber erstens sehr wenige und ist zweitens sehr stark auf die Begabten- und Hochbegabtenförderung orientiert.

Ganz ähnlich hat sich die Änderung beim Studenten-Bafög ausgewirkt. Der Anteil der geförderten Studenten ist rapide gesunken. Nach Angaben von Professor Folz, Präsident des Studentenwerks, wurden 1984 12 Prozent weniger Anträge auf Bafög-Förderung gestellt als 1982. Grund: vor allem Studenten aus der Arbeiterklasse fürchten die hohen Darlehensschulden und verzichten deshalb notgedrungen auf ein Studium.

Besonders betroffen von diesen Änderungen bei der Schüler- und Studentenförderung sind Frauen und Mädchen. Erstmals seit vielen Jahren ist der Anteil der Studentinnen, der in den siebziger Jahren kontinuierlich zugenommen hatte, wieder zurückgegangen. Heute sind es wieder weniger als 40 Prozent.

Die Bilanz nach eineinhalb Jahren neuem Bafög-Recht zeigt also, daß die Wendeparteien hier tatsächlich zu einem Kahlschlag ausgeholt haben. Motto: Bildung nur für den, der sie sich leisten kann.

Auf diesem Hintergrund ist die inzwischen wohl als sicher anzunehmende Zahlung des Schüler-Bafögs für alle Schüler auch im Ferienmonat August von 1985 an nur ein ausgesprochen schwacher Trost. Zumal der Bundestag ja praktisch gleichzeitig das zweite Kapitel seiner reaktionären Bildungspolitik perfekt machen will — das neue Hochschulrahmengesetz mit seinem Zwei-Klassen-Studium und der noch engeren Verzahnung von Wirtschaft und Forschung.

**Am 8.6.85 kommt der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang nach Bonn. Natürlich auch der Politik wegen. Was zumindest bestimmte Kreise aber viel mehr interessiert, ist, ob er bestimmte Papiere unterzeichnen wird oder nicht.**

**Es geht — mal wieder — um den Verkauf von Atomkraftwerken Marke KWU. Zwei Stück soll die VR China davon bekommen. Diesmal aber nicht über die beliebte Mischfinanzierung oder für bare Münze, sondern für eine echte Gegenleistung.**

## Bombenmüll

Bonn (oder Siemens?) möchte nämlich, daß die VR China bis zum Jahr 2000 150 Tonnen und nach dem Jahr 2000 weitere 850 Tonnen deutscher Brennelemente abnimmt und in China endlagert. Außerdem soll China als Gegenleistung für den Atommüll Uran und Buntmetalle liefern.

Das geplante Geschäft ist nicht ohne Brisanz. Erstens gibt es einen Bund-Länder-Beschluß aus dem Jahre 1979, der sich für die nationale Entsorgung ausspricht. Wie diese Hürde genommen werden soll, haben „informierte Kreise" bereits verlauten lassen. Indem man sich nämlich darauf beruft, daß dieser Beschluß die Entsorgung im Ausland nicht ausdrücklich untersagt. Zweitens lassen sich aus Brennelementen mit dem bei der Aufarbeitung anfallenden kernwaffenfähigen Plutonium bekanntlich Atomwaffen bauen. Weshalb sie schon gar nicht in Staaten geliefert werden dürfen, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben. Das ist bei der VR China aber der Fall. Aber auch diese Tatsache scheint Bonn (von Siemens ganz zu schweigen) nicht weiter zu stören. Jedenfalls wurde schon geäußert, daß es reiche, wenn die VR China erkläre, daß sie sich den Kontrollbestimmungen der Internationalen Atomenergiebehörde unterwerfen wolle.

Wie sagt doch der deutsche Volksmund? — Das Geschäft heiligt die Mittel.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

## Bayer AG: Abmahnung für Marianne Hürten

# „... rechtliche Konsequenzen unvermeidlich"

**Marianne Hürten stand auf Platz 1 der Liste der Grünen bei den Landtagswahlen in NRW. Sie ist zugleich Betriebsrätin bei Bayer Leverkusen (Liste für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit). 14 Tage nach der Landtagswahl erhielt Marianne von Bayer eine Abmahnung, die ausdrücklich mit ihren politischen Äußerungen im Wahlkampf begründet wird.**

In einem internen Schreiben der Abteilung Personalwesen-Rechtsangelegenheiten wird Bayer konkreter als im Abmahnungsschreiben selbst. Dort heißt es:

„Das Auftreten der Spitzenkandidatin der „Grünen" im Wahlkampf NRW verdient natürlich besonderes Interesse, weil es sich hier um eine Betriebsrätin von Bayer handelt. Diese Zusammenhänge sind besonders interessant und problematisch, wenn man sich die vielen Wahlplakate vergegenwärtigt, bei denen es um die Stimmungsmache gegen Bayer ging,

• wo die „Grünen" von entmenschter Demokratie sprachen,

• wo sie nach Kontrollen der chemischen Konzerne riefen,

• wo sie Umweltschutz herbeiriefen, bevor die Industrie das letzte Stückchen Erde vergiftet habe,

• oder wo sie allgemein davon sprachen, daß die Industrie Kasse mache.

Die Spitzenkandidatin selbst hat, das wissen wir inzwischen alle selbst

• kritisch und polemisch




sich zu Fragen der Dünnsäureverklappung geäußert.

• Sie hat von Dioxin und Cadmium bei der Bayer-Produktion gesprochen;

• Bayer der Profitgier bezichtigt

• und behauptet, daß die Vergiftungen 1981 in Spanien auf das Bayer-Produkt Nemacur zurückzuführen seien.

Wir haben diese verschiedenen Äußerungen sehr sorgfältig geprüft und sind der Meinung, daß es sich hier nicht mehr um Spielarten erlaubter freier Meinungsäußerung, sondern um Agitation und um die Verbreitung von Falschmeldungen handelt. Das ist im arbeitsrechtlichen Sinne ein Verstoß gegen die Treuepflicht des Arbeitnehmers und läuft auf eine Schädigung des Unternehmens hinaus."

Das Abmahnungsschreiben schließt mit der Drohung: „Sollten sich gleiche oder gleichgeartete Vorfälle in Zukunft wiederholen, sind rechtliche Konsequenzen unvermeidlich und ist insbesondere der Bestand Ihres Arbeitsverhältnisses gefährdet."

Eine hauseigene Bayer-„Bürgerinitiative", die sich heute schlicht als „Malocher" bezeichnet, sich früher — noch geschmackvoller „Malocher gegen Schmarotzer" nannte, hatte die Werksleitung aufgefordert, sich die „ständigen Angriffe" nicht mehr gefallen zu lassen.

Auf der letzten Belegschaftsversammlung wurden diese „Malocher" von einem Diplomingenieur vertreten, der im Vorstandsgebäude tätig ist. Von der Belegschaft wurde er teilweise ausgebuht, ansonsten charakterisiert ein Genosse die Stimmung eher als „stille Entrüstung und Wut".

Der Pressesprecher der NRW-Grünen, Mathias Hoppe, sprach von einem „schleichenden Berufsverbot" für Marianne Hürten. Der Bayer-Konzern betreibe die „Aushöhlung eines demokratischen Rechts", nämlich für die Ziele einer im Bundestag sowie in zahlreichen Länder- und Kommunalparlamenten vertretenen Partei zu werben. Hinzuzufügen ist, daß überhaupt das Eintreten für antikapitalistische Parteien in der Öffentlichkeit von den Unternehmern mit Entlassung bestraft werden könnte, wenn Bayer mit seinem Vorgehen durchkommt.

Kollegin Hürten hat erklärt, sie werde mit rechtlichen Schritten gegen die Abmahnung vorgehen.

### Tarifverhandlungen gescheitert

Wie die IG Textil und Bekleidung bekannt gab, sind die Tarifverhandlungen für die Bekleidungsindustrie gescheitert. Die Gewerkschaft fordert für die 190000 Beschäftigten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6 Prozent. Das Angebot der Unternehmer von 3,2 Prozent wurde als „vollkommen unzureichend bezeichnet.

Der Unternehmerverband bedauerte, daß „die Gewerkschaft in der Frage einer branchenspezifischen Neueinteilung der Arbeitszeit keine Bereitschaft zu einer vernünftigen Regelung gezeigt habe".

Hinter dieser interessanten Formulierung verbirgt sich ein absoluter Hammer: die Arbeitszeiten sollen flexibilisiert werden und die Überstundenzuschläge gestrichen.

# Das sogenannte Grundig-Modell

**Bei Grundig kommt es vorerst nicht zu den von der Geschäftsleitung angekündigten Massenentlassungen. Der Rote Morgen hatte mehrfach über die Rationalisierungspläne des Philipps-Konzern, der bei Grundig das Sagen hat, berichtet. Folgende Darstellung der jetzt zwischen Betriebsrat und Grundig-Vorstand geschlossenen Vereinbarung haben wir dem „plärrer", Stadtmagazin für Nürnberg, Fürth, Erlangen, entnommen:**

In den Morgenstunden des 9. Mai unterzeichneten nach zähen Verhandlungen Gesamtbetriebsrat und Grundig-Vorstand einen von der IG Metall vorgelegten „Beschäftigungsplan zur Sicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der in der Grundig AG beschäftigten Arbeitnehmer"! Ursprünglich sollten etwa 7000 Beschäftigte der 23000 Grundig-Mitarbeiter (weltweit) gekündigt werden. Für alle rund 3000 zur Entlassung vorgesehenen Arbeitnehmer im Inland — betroffen waren vor allem Beschäftigte in Nürnberg und Fürth — gilt nun seit dem 9. Mai: Niemand **muß** vorerst entlassen werden!

Wichtigster Punkt des Beschäftigungsplanes: „Wer nicht „freiwillig" kündigt (die dafür in Aussicht gestellten Abfindungen hängen von der Dauer des Arbeitsverhältnis und vom jeweiligen Alter ab), wer sich nicht für eine vorzeitige Pensionierung mit 85 Prozent des letzten Nettogehaltes entscheidet (gültig für alle ab 55, das sind bei Grundig rund 1500 Beschäftigte), der kann eines der angebotenen Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme in Anspruch nehmen. Für diese Programme sind speziell die Bereiche Mikroprozessoren, CAD-, CAM-Technik, Steuerungs- und Regeltechnik, CNC und EDV, Marketing, Rechnungswesen, Pneumatik, Hydraulik, Metall- und Elektroberufe im Gespräch.

Finanziert werden diese Qualifizierungsmaßnahmen bis zu 70 Prozent von der Bundesanstalt für Arbeit, den Rest bezahlt Grundig aus dem Betrag der Abfindung, auf die der Umschüler bei Entlassung Anspruch hätte. Reicht dieser Betrag nicht aus, werden bis zu 20 Prozent des bisherigen Nettolohnes gekürzt. Wird der nach zwei Jahren Umgeschulte danach arbeitslos, weil er trotz Qualifizierung keinen Arbeitsplatz findet, darf er natürlich nicht mehr mit einer Abfindung rechnen.

Das Beschäftigungsverhältnis ruht während der zweijährigen Qualifizierungsmaßnahme, mit der Absicht, es danach wieder aufleben zu lassen. Aus diesem Grunde prüft eine von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite paritätisch besetzte Kommission alle Möglichkeiten für neue Produkte und Beschäftigungsmöglichkeiten bei Grundig, mit dem Ziel, Standorte, Entwicklungskapazitäten, Fertigungtiefe, Auslastung und Ausbildungskapazität zu erhalten. Dies ist das zweite wesentliche Verhandlungsergebnis, da die Mitbestimmungsmöglichkeiten dabei für die Betriebsräte in einigen Punkten über die gesetzlichen Möglichkeiten hinausreichen.




**Protestaktion der Grundig-Belegschaft gegen die geplanten Massenentlassungen**

Betriebsrat und IG Metall legen jedoch Wert auf die Feststellung, daß mit dieser Betriebsvereinbarung keinesfalls alle Vorstellungen bezüglich eines Beschäftigungsplanes erfüllt seien. Denn selbst wenn niemand gekündigt werden muß, werden unter dem Strich doch Arbeitsplätze vernichtet, da ausscheidende Mitarbeiter nicht ersetzt werden. Grundig-Vorstand Alexander Koch („Wenn die Arbeitnehmer umsonst arbeiten würden, dann würde das Thema Entlassungen gar nicht stehen.") scheint sich jedenfalls von dem Beschäftigungsmodell einen Gewinn für das Unternehmen zu versprechen: „Die Maßnahmen des Arbeitsamtes schafft für Grundig eine Kostenentlastung und wir bekommen qualifiziertes Personal für die neuen Produkte."

# Betr.: Kostendämpfung

**„Klassenkampf", Betriebszeitung der KPD bei Bayer, hat in ihrer jüngsten Ausgabe an die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände konkrete Vorschläge zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen herangetragen:**

An die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände
Betr.: Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Sehr geehrte Herren!

Als Arbeitnehmer sind wir an unserer Gesundheit sehr interessiert. Leider ist das für uns mit ständig steigenden Kosten verbunden, zum Beispiel regelmäßige Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge, Rezeptgebühren, Selbstbeteiligung an Kuren und Krankenhaus-Kosten, keine Erstattung von Schmerz-, Grippetabletten usw.

Mit Freude haben wir nun zur Kenntnis genommen, daß Sie sich als Arbeitgeber über diesen Zustand ebenfalls nicht freuen. Sie schlagen vor, „Ausuferungen einzudämmen", deren Ursache „Überangebote an Leistungen" seien.

Leider bleibt Ihr Vorschlag etwas allgemein und führt deshalb zu unnötigen Mißverständnissen. Sicher sind Sie mit uns einer Meinung, daß mit „Überangebot an Leistungen" nicht gemeint ist, daß etwa teure Diagnosegeräte wie zum Beispiel Computertomographen oder die ebenfalls sehr teuren Herz-Lungen-Maschinen abgeschafft werden sollen.

Um solche Mißverständnisse zu vermeiden, haben wir konkrete Vorschläge, welche Ausuferungen eingedämmt werden können, ohne daß die medizinische Versorgung darunter leidet.

Der Abbau des Überangebots allein dieser wenigen Ausuferungen hätte die beiden letzten Beitragserhöhungen zur Krankenversicherung überflüssig gemacht.

Das marktübliche Honorar für diesen Vorschlag bitten wir an Elterninitiativen kruppshustengeschädigter Kinder zu überweisen.

| Maßnahmen | Einsparung in Milliarden DM |
|---|---|
| 1. Abschaffung der Pharma-Außendienste, dafür Einführung eines Arzneimittel-Positivkatalogs | 2,0 |
| 2. Verzicht auf Ärzte-Muster | 2,0 |
| 3. Verzicht auf Werbung in Fachblättern, die Arztinfos und Beipackzettel sind 10mal informativer | 1,0 |
| 4. Preisniveau auf dem des jeweils billigsten genauso wirksamen Medikaments | 1,36 |
| 5. Abschaffung therapeutisch nutzloser durchblutungsfördernder Mittel | 0,8 |
| | 7,16 Milliarden DM |

## Mit Hilfe staatlicher Gelder

# Krupp schließt Wuppermann

1983 stritten sich Klöckner und Krupp um den Kauf der Stahlfirma Wuppermann in Leverkusen. Krupp gewann, weil die Landesregierung von NRW massiv half: mit 10 Millionen Mark Sturkturhilfe und einer Bürgschaft über 36 Millionen Mark, die der Erwerb der ersten 45 Prozent der Firma kostete. Begründung der Landesregierung für die Kruppschen Kaufabsichten und deren Subventionierung aus öffentlichen Geldern war, daß Klöckner Wuppermann nicht bekommen dürfe, weil es den Betrieb gar nicht weiterführen, sondern lediglich die Wuppermannschen Stahlquoten aufkaufen und den Betrieb anschließend abstoßen wolle. Es waren also — laut Landesregierung — Millionen für die Arbeitsplatzsicherung und die Erhaltung des Stahlstandortes Leverkusen, die 1983 ausgegeben wurden.

Jetzt, im Mai 1985, hat Krupp auch die restlichen 55 Prozent des Wuppermann-Kapitals übernommen. Und am 1. Juni, sofort nach den Wahlen in NRW konnte man in den Zeitungen lesen, daß Krupp Wuppermann im nächsten Jahr dichtmachen will. Begründung: die bisherigen Wuppermann-Erzeugnisse sollen jetzt auf den Krupp-Anlagen in Bochum produziert werden. Davon verspricht sich der Krupp-Vorstand nach eigenen Angaben rund 70 Millionen Mark Mehrgewinn pro Jahr.

Diese 70 Millionen mehr für Krupp bedeuten den Arbeitsplatzverlust für Hunderte von Beschäftigten. Zwar ist ein Teil der 982 Beschäftigten über 55 und wird deshalb in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Für die meisten anderen aber befürchtet der Betriebsrat von Wuppermann die Entlassung in die Arbeitslosigkeit. Die Landesregierung tut jetzt empört. Aber wer soll ihr abnehmen, daß vor einreinhalb Jahren niemand wissen konnte, daß Krupp praktisch das gleiche vor hatte wie Klöckner?

## Untersuchung des IAB und der Prognos AG

# Arbeitsmarktperspektiven für die 80er und 90er Jahre

**Mit dem Titel „Arbeitsmarktperspektiven für die 80er und 90er Jahre" wurde eine neue Untersuchung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) und der Prognos AG in den letzten Wochen vorgelegt. Ihre Existenz wurde zwar in der Presse bruchstückhaft bekannt, jedoch wurden die dort erarbeiteten Fakten kaum gründlicher dargestellt. Das hat seine guten Gründe: schließlich widersprechen sie allen hoffnungsfrohen Aufschwungprognosen, wie sie von Wenderegierung und ihrer „wissenschaftlichen" Propagandainstituten alljährlich bekanntgemacht werden. Was sind nun die wichtigsten Inhalte dieser Studie, die in der Nummer 1/85 der Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung veröffentlicht wurde?**

Wie schon in vorhergehenden Untersuchungen wird auch in dieser Studie mit bestimmten Annahmen und Alternativen gerechnet, die sich u. a. beziehen auf:

• Zukünftige Entwicklung des Erwerbstätigenpotentials, also mit Berechnungen, wie sich, ausgehend von der Altersstruktur, die derzeit vorhanden ist, in den nächsten Jahren das „Angebot an Arbeitskräften" entwickeln wird.

/ Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung, die ja einen Teil der produzierten Güter und Dienstleistungen abnehmen soll.

• Zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft, die für die Bundesrepublik um so wichtiger ist, da es hierzulande ja eine extrem hohe Abhängigkeit insgesamt und insbesondere wichtiger Industriezweige vom Export gibt.

• Zukünftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik, die wichtige Einflüsse auf Rahmenbedingungen des Produzierens und Wirtschaftens hat — z. B. Gesetzgebung in Hinblick auf Arbeitszeit, Steuern usw.

• Zukünftige technologische Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Produkts, der Produktivität und der Arbeitszeit.

• Daraus abgeleitet schließlich werden verschiedene Möglichkeiten des sich ergebenden Arbeitskräftebedarfs entwickelt und die sich so ergebenden verschiedenen Arbeitskräftebilanzen dargestellt.

### Erwartete Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Hier wird ausgegangen von einer im Grundsatz unveränderten Erwerbstätigenquote der deutschen Männer, d. h. etwa 95 Prozent aller deutschen Männer sind zwischen dem 20 und 60 Lebensjahr erwerbstätig, davor und danach jeweils geringere Prozentsätze.

Interessant sind die stark unterschiedlichen „Möglichkeiten" der deutschen Frauen. Als eine Möglichkeit wird eine Entwicklung unterstellt, die den bisherigen Trend der verstärkten Frauenerwerbstätigkeit fortschreibt und eine Zunahme des Angebots an Frauenarbeitskräften von rund 430 000 Frauen bis 1990 ergibt. Eine andere Hochrechnung, die die Verstärkung des Erwerbstätigkeitstrends bei Frauen seit 1967 besonders berücksichtigt, ergibt eine Zunahme um 900 000 bis 1990.

Bei den Männern sind es rund 300 000, die bis 1990 zusätzlich Rentnerfälle u. ä. abgerechnet — als Arbeitskräfte auf den Markt kommen. Dabei wird als „Verhaltenskomponente" — also Anteil der durch das Verhalten, die dahinter stehenden Wertvorstellungen etc. — beeinflußbar ist, bei den Frauen jeweils der gesamte mögliche Zuwachs von 430 000 bzw. 900 000 Frauen betrachtet.

Im Klartext heißt das: die beiden Institute sind der Meinung, daß es möglich sei, durch gesellschaftliche Einflüsse auf das Bewußtsein der Frauen (und natürlich der Männer) den möglichen Zuwachs des Frauenerwerbstätigenpotentials bis 1990 — gegenüber heute — auf Null zu drücken.

Dies ist natürlich eine hochpolitische Frage, denn das Drücken des überhaupt möglichen Arbeitskräftepotentials trägt natürlich dazu bei, daß die zu erwartenden Arbeitslosenquoten so ebenfalls gedrückt werden könnten. Diese Frauen würden ja gar nicht mehr als Anbieter von Arbeitskraft auf dem Markt erscheinen.

So manche Maßnahme der Wenderegierung (Mutterschaftsurlaub, Erziehungsurlaub, Ideologie „zurück an den Herd", „Mehr ehrenamtliche Tätigkeit — gerade für Frauen im sozialen Bereich") haben genau diesen Zweck; sie tragen natürlich außerdem damit dazu bei, mögliche Emanzipationswege der Frauen zu versperren.

Der zweite große Komplex, an dem politische Maßnahmen ansetzen können, ist die Darstellung des Erwerbstätigenpotentials für Ausländer. Hier wird festgestellt, „die überwiegende Bedeutung des jährlichen Wanderungssaldos für die Entwicklung des ausländischen Erwerbspersonenpotentials." (S. 49)

Das heißt im Klartext: je nachdem, wie viele Ausländer man vertreiben kann, wächst oder sinkt das Arbeitskräfteangebot. Trotz eines bis 1988 geschätzten Satzes von 450 000 rückkehrenden Ausländern steigt das Angebot an ausländischen Arbeitskräften weiter an — nicht zuletzt durch das Hineinwachsen der zweiten Generation ins Erwerbsleben.

Die in einer oberen Möglichkeit berechnete Zunahme von rund 600 000 zusätzlichen ausländischen Arbeitskräften, die eine tatsächliche „liberale" Ausländerpolitik voraussetzen würden, halten die Autoren für unrealistisch, wenn sie schreiben: „Ob jedoch bei sinkendem Arbeitsplatzangebot der in der obersten Variante (Möglichkeit) angenommene Ausländerzustrom toleriert werden wird, kann bezweifelt werden." (59)

Damit ist klar, daß neue Maßnahmen der Wenderegierung zu erwarten sind — die beschlossene Auszahlungsmöglichkeit für Bausparverträge ist ein Stein dazu.

Zusammenfassend läßt sich als Ergebnis der Abschätzung des Erwerbspersonenpotentials bis 1990 festhalten:

Ausgehend von 28,355 Millionen Arbeitskräften 1982 ist mit mindestens 29,040 Millionen bzw. höchstens 30,153 Millionen zu rechnen. Das würde bedeuten, daß die Zahl der Arbeitssuchenden um mindestens 685 000 steigen würde, höch-

Arbeitsmarktbilanz 1960–2000 – Ergebnisse der Modellrechnungen* auf Basis 1982 ohne Vorruhestandseffekt, in Mio. –



*) Projektionswerte des Potentials = IAB-Projektion
des Bedarfs = IAB/Prognos-Projektion

**Projektion des Arbeitskräftebedarfs auf Basis 1982**
**– Varianten-Übersicht –**

| Hauptkennzeichen | untere Variante | mittlere Variante | obere Variante |
|---|---|---|---|
| Strukturwandel | wenig | mittel | stark |
| Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in % p. a. | | | |
| 1982/1990 | + 1,5 | + 2,4 | + 2,7 |
| 1984/1990 | + 1,4 | + 2,5 | + 3,0 |
| 1990/1995 | + 1,1 | + 2,6 | + 3,1 |
| 1995/2000 | + 0,9 | + 2,6 | + 3,1 |
| 1982/2000 | + 1,2 | + 2,5 | + 3,0 |
| Wachstumsraten der Produktivität je Erwerbstätigen in % p. a. | | | |
| 1982/1990 | + 2,1 | + 2,5 | + 2,7 |
| 1984/1990 | + 1,9 | + 2,4 | + 2,7 |
| 1990/1995 | + 1,8 | + 2,6 | + 2,8 |
| 1995/2000 | + 1,8 | + 2,6 | + 2,8 |
| 1982/2000 | + 1,9 | + 2,5 | + 2,8 |
| Veränderungsraten der durchschnittl. Arbeitszeit je Erwerbstätigen in % p. a. | | | |
| 1982/2000 | − 1,3 | − 1,0 | − 1,2 |
| Wachstumsraten der Produktivität je Erwerbstätigenstunde in % p. a. | | | |
| 1982/2000 | + 3,2 | + 3,5 | + 4,0 |
| Veränderungsraten der Zahl der Arbeitsplätze in % p. a. | | | |
| 1982/1990 | − 0,6 | − u,2 | + 0 |
| 1984/1990 | − 0,5 | + 0,1 | + 0,3 |
| 1990/1995 | − 0,7 | + 0 | + 0,3 |
| 1995/2000 | − 0,9 | ± 0 | + 0,3 |
| 1982/2000 | − 0,7 | − 0,1 | + 0,2 |
| Zahl der Arbeitsplätze in 1000 | | | |
| Basisjahr 1982 | | 25 572 | |
| effektiv 1983 | | 25 167 | |
| vorläufig 1984 | | 25 111 | |
| 1990 | 24 424 | 25 257 | 25 600 |
| 1995 | 23 622 | 25 283 | 25 997 |
| 2000 | 22 609 | 25 282 | 26 344 |
| Veränderung in 1000 | | | |
| 1982/1990 | − 1 148 | − 315 | + 28 |
| 1984/1990 | − 687 | + 146 | + 489 |
| 1990/2000 | − 1 815 | + 25 | + 744 |
| 1982/2000 | − 2 963 | − 290 | + 772 |

stens um 1,8 Millionen. Alleine diese Zahlen machen schon deutlich, welche Arbeitslosenziffern dann zu erwarten wären.

In diesem Zusammenhang auch noch ein Wort zum Vorruhestandsgesetz. Seine politische Bedeutung für die Tarifauseinandersetzung im letzten Jahr ist ja ziemlich deutlich geworden. Daneben ist es aber auch ein Instrument der Wenderegierung, um, auf dem Weg der Abwälzung der Kosten und Lasten auf die Betroffenen, die Arbeitslosenzahlen zu drücken.

Nach den Berechnungen des IAB würden im Maximalfall bis 1988 rund 500000 davon betroffen, der Arbeitsplatzeffekt würde auf rund 50 Prozent geschätzt. Eine durchaus enorme Zahl für die Arbeitslosenstatistiken — nicht zuletzt auch deshalb der Druck der Wenderegierung, dies durchzusetzen.

### Entwicklung der übrigen Faktoren

Wichtig sind hier insbesondere Einschätzungen zur Weltwirtschaft und zur Wirtschaftspolitik allgemein.

Zum ersten Punkt wird festgehalten: „Allerdings besteht relativ wenig Aussicht auf eine baldige weitere Liberalisierung des internationalen Handels, insbesondere aufgrund der in fast allen Ländern zu beobachtenden Beschäftigungsentwicklung" (S. 53) Ergänzend wäre anzumerken, daß dabei noch völlig unberücksichtigt bleibt, welche konkrete Krisenentwicklung (beispielsweise Dollar-Kurs) der internationale Handel nehmen wird. Alle Vorausschätzungen in den Modellrechnungen des IAB/Prognos gehen von Wachstumsraten zwischen 3 und 5,5 Prozent für den Welthandel aus, Raten, die lange nicht mehr erreicht wurden.

Zum zweiten Punkt wird festgehalten:

„Generell muß derzeit von folgenden wirtschaftspolitischen Grundlinien ausgegangen werden:

- Die Ordnungspolitik erhält gegenüber prozeßpolitischen Aktivitäten (wieder) ein stärkeres Gewicht.
- Die Einflußnahme des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen nimmt sowohl in quantitativer Hinsicht (Reduzierung der Staatsquote) als auch in qualitativer Hinsicht (Abbau der Regelungsdichte) ab.
- Eine Verbesserung der Beschäftigungslage wird nicht von staatlicher Nachfragestützung (öffentlichen Ausgabeprogrammen), sondern von einem Abbau leistungs- und wachstumshemmender Faktoren erwartet.
- Protektionismus nach außen (Handelsbeschränkungen) wie nach innen (Erhaltungssubventionen) verliert zumindest tendenziell an Bedeutung."

Unter Einbeziehung der Umsetzung technologischer Entwicklungen legt die Studie drei Möglichkeiten für das zukünftige Wirtschaftswachstum vor: eine obere Variante, die von 2,7 Prozent Wachstum bis 1990 ausgeht, welche „deutlich über der von 1973 bis 1980 liegt" (S. 54)

Eine mittlere Variante, die bei knapp über 2 Prozent bis 1990 liegt und eine untere Variante, die bei knapp über 1 Prozent liegt.

Gleichzeitig werden Möglichkeiten der Entwicklung der Produktivität und der Arbeitszeit entwickelt. Hier kann nicht näher auf die zugrundeliegenden theoretischen Bedingungen der Annahmen eingegangen werden, aber deutlich wird: In allen vorgestellten Möglichkeiten steigt die Stundenproduktivität viel stärker als die Arbeitszeit verkürzt wird; wie auch in der Vergangenheit — z.T. dreimal so schnell.

Als Trend der Arbeitszeitverkürzung wird von 1 - 1,3 Prozent durchschnittlicher jährlicher Verkürzung ausgegangen — eine Verkürzung, wie sie in den sechziger bis Mitte der siebziger Jahre festzustellen war, durch das Erreichen der 40-Stunden-Woche. Danach allerdings hat sich diese Entwicklung drastisch abgeschwächt und ist erst 84 wieder in Gang gekommen. Dies betrifft jedenfalls die tarifliche Arbeitszeit. Aber an eine Verkürzung dieser Art denken die Autoren der Studie auch nicht allein, denn sie schreiben:

„... Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt neben tariflichen Arbeitszeitreduktionen verstärkt auch neue Formen der Arbeitszeitregelung wie vermehrte Teilzeitarbeit, Job-sharing etc." (S. 54)

Das heißt: Verkürzung der Arbeitszeit zu Lasten der abhängig Beschäftigen. Welche Folgerungen sich daraus ergeben, sei an einer Darstellung der vergangenen Jahre deutlich gemacht, die in der Studie selbst geschildert wird: „In den Jahren 1976 bis 1983 beispielsweise betrugen das jährliche Wirtschaftswachstum 2,2 Prozent, der jährliche Produktivitätsfortschritt (je Erwerbstätigen) 2,5 Prozent, bei einer Arbeitszeitverkürzung von nur 0,5 Prozent pro Jahr, so daß die Erwerbstätigenzahl in diesem Zeitraum um 600000 zurückging." (S. 57) Und entsprechend die Zahl der Arbeitslosen stieg — muß man ergänzen.

### Arbeitsmarktbilanzen für 1990 und 2000

Unter den geschilderten Voraussetzungen werden nun in der Studie verschiedene Kombinationen möglicher Entwicklungen auf der Seite des Erwerbstätigenangebots und der Nachfrage dargestellt.

Hierbei ist wichtig, noch auf folgende Entwicklung hinzuweisen. In all diesen Studien wird immer von Trendwerten ausgegangen, die, wie aus der Abbildung auf dieser Seite zu entnehmen, den zyklischen Krisenverlauf der kapitalistischen Produktion nur verzerrt wiedergeben, weil sie eben Durchschnittswerte sind. Aus der Kurve des „Bedarfs" läßt sich allerdings deutlich die Krisenphase 66/67, 74/75 sowie 81/82 ablesen.

Daraus ergibt sich als zweite wichtige Einschränkung bei der dargestellten Kurve bis zum Jahre 2000, daß für uns insbesondere die Entwicklung 87 bis 89 wichtig ist, kann man doch davon ausgehen, daß dies ein nächster Kriseneinbruchszeitpunkt sein wird. Dies legt jedenfalls die bisherige Krisenentwicklung national wie international nahe. Das bedeutet, über die im folgenden für 1990 vom IAB/Prognos genannten „Probleme" hinaus eine zyklische Zuspitzung der Entwicklung — mit den entsprechenden politischen Aufgaben für die revolutionären Sozialisten, die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung insgesamt.

Das IAB/Prognos hält fest:

„In der günstigen Variantenkombination (unterste Potentialvariante — obere Bedarfsvariante) wäre die Arbeitslosigkeit 1990 auch bei maximaler Berücksichtigung des Vorruhestands mit rd. 2,1 Mio. Arbeitslosen noch um rd. 300000 Personen höher als 1982 bzw. nur um rd. 100000 Personen niedriger als 1984 und würde auch 2000 die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch zwischen 3/4 und 1 Mio. liegen. Allerdings dürfte es unwahrscheinlich sein, daß es bei dem nach der oberen Bedarfsvariante zu erwartenden Arbeitsplatzzuwachs zu der in der untersten Potentialvariante unterstellten Abschwächung im Anstieg der Frauenerwerbsneigung kommt.

Nach der ungünstigsten Variantenkombination (oberste Potentialvariante — untere Bedarfsvariante) könnte die registrierte Arbeitslosenzahl bis 1990 — unter Berücksichtigung des maximalen Vorruhestandseffekts — auf 3,5 bis 3,7 Mio. steigen und auch in den 90er Jahren noch um eine weitere Million zunehmen, da in diesem Fall stark steigende Frauenerwerbsneigung die Auswirkungen des Geburtenrückganges auf das Arbeitskräfteangebot kompensieren und mit äußerst schwachem Wirtschaftswachstum zusammenfallen würde und bislang noch keine empirischen Belege dafür vorhanden sind, daß eine anhaltend ungünstige Arbeitsmarktlage zu einem generellen Trendbruch der Frauenerwerbsneigung führt." (S. 58/59)

Wichtig ist hierbei, daß zwei Voraussetzungen bei den angegebenen 3,5 bis 3,7 Millionen gemacht werden: Einmal **maximale Ausnutzung des Vorruhestandseffekts**, zum anderen **registrierte Arbeitslosenzahl** — bei dieser Variante bestehen daneben noch 2 Millionen **nicht registrierte** Arbeitslose. Die Tabellenübersicht zeigt noch einmal in geraffter Form die bei den verschiedensten Varianten zugrunde liegenden Voraussetzungen bzw. sich ergebenden Zahlen.




**Arbeitslosen-Initiativen trafen sich**

## ZAK in Hamburg

**Vom 17.—19.5. fanden in Hamburg die ersten norddeutschen und westberliner ‚Zentralen Aktions- und Konferenztage' (ZAK) von Arbeitsloseninitiativen aus dem gewerkschaftlichen, kirchlichen und autonomen Spektrum mit ca. 500 Teilnehmern statt.**

Aus Niedersachsen waren 27 Initiativen vertreten, aus Bremen 6, aus Schleswig-Holstein 9, aus Hamburg 13. Die Westberliner waren mit ihrer Koordination und dem Arbeitslosenladen Kreuzberg vertreten. Als Gäste kamen Delegierte aus Erwerbslosen-Initiativen aus den Städten Dortmund, Köln, Frankfurt, Heidelberg, Freiburg und München. Außerdem waren Gäste aus Holland und Frankreich da.

Arbeitsgruppen, die alle von Initiativen vorbereitet worden waren, gab es zu folgenden Themen:

**Hauptthema 1: Zukunft der Arbeit**
AG 1 Kampf um Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung
AG 2 Schaffung von neuen Arbeitsplätzen
AG 3 Umschulung und Weiterbildung
AG 5 Frauenerwerbslosigkeit
AG 6 Ausländererwerbslosigkeit
AG 7 Akademikerarbeitslosigkeit

**Hauptthema 2: Existentielle Absicherung von Arbeitslosen**
AG 1 Existenzgeld, verschiedene Ansätze und Positionen
AG 2 Aktuelle Strategien und materielle Forderungen im bestehenden Sozialversicherungssystem, Beratung

**Hauptthema 3: Perspektiven der Erwerbslosenbewegung**
AG 1 Analyse und Entstehung der neuzeitlichen Erwerbslosenbewegung: Zielperspektiven, Bündnispartner, Vernetzung der Initiativen
AG 2 Erfahrungen der europäischen Erwerbslosenbewegung

In einer Protestresolution wandten sich die Teilnehmer gegen einen brutalen Polizeieinsatz, der am Samstagvormittag (18.5.) während einer Informations- und Aufklärungsaktion in der Innenstadt vorgefallen war. Ein Kongreßteilnehmer war von zwei Zivilbullen zur Personalienfeststellung auf die nächste Polizeiwache gebracht worden. Dagegen protestierten vor der Wache rund 60 Kolleginnen und Kollegen und forderten die Freilassung. Die Polizei versuchte, die Protestierenden abzudrängen. Dabei zerrissen sie einem Kollegen die Jacke. Als er von dem betreffenden Polizisten wegen möglichem Schadensersatz den Dienstausweis verlangte, befahl der Einsatzleiter seine Festnahme.

Das folgende wird in der Resolution wie folgt geschildert: „Sie warfen den Kollegen zuerst gegen die Wand, dann auf den Boden, versuchten ihm Handschellen anzulegen und verfrachteten ihn schließlich gewaltsam und brutal in die Wache. Wir sahen, daß der Kollege blutete. Drinnen sprühte ihm ein Zivilpolizist noch Chemical-Mace in die Augen. Durch Einschalten einer Rechtsanwältin bekamen wir den Kollegen, nachdem sie ihn zunächst ambulant medizinisch und dienstlich behandelt hatten, nach etwa drei Stunden wieder frei."

In der Resolution wird noch einmal zur Zielsetzung der ZAK Stellung genommen:

„Wir haben diese „Zentralen Aktions- und Konferenz-Tage" veranstaltet, weil wir uns gegen die zunehmende Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut und Zwangsarbeit wehren, weil wir gemeinsam Forderungen erarbeiten, weil wir Aktionen entwickeln und weil wir in Zukunft besser zusammenarbeiten wollen.

2,6 Millionen registrierte Arbeitslose gibt es in der Bundesrepublik, von denen mehr als 30 Prozent aus allen Leistungen des Arbeitsamtes ausgegrenzt sind. 1,35 Millionen, das hat sogar die Bundesanstalt für Arbeit errechnet, die sich in der sogenannten „Stillen Reserve" befinden, haben von keinem Amt mehr etwas zu erwarten. Dazu kommen noch 2,3 Millionen Sozialhilfeempfänger, die sich Tag für Tag von den Behörden kontrollieren und schikanieren lassen müssen.

Das sind zusammen über 6 Millionen Erwerbslose, für die sich die persönliche und finanzielle Situation immer mehr verschärft. Die Unterstützungsleistungen werden durch die jährlichen Sparoperationen der Regierung weiter radikal gekürzt. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Arbeitslosenunterstützung werden laufend verschlechtert. Und die Sperrzeiten und die Zumutbarkeit für miese und schlecht bezahlte Arbeitsplätze werden ständig noch weiter erhöht.

Das ist die Politik der Massenverarmung und der Massenausbeutung der Erwerbslosen und der Beschäftigten. Uns gegenüber stehen eine Handvoll von Konzernen und Großbanken und deren Helfershelfer in der Regierung und in der öffentlichen Verwaltung. Sie verdienen sich dumm und dämlich an den neuen Technologien, an den wahnsinnigen Großprojekten, an der steigenden Rüstungsproduktion und der Verlagerung der Produktionsstätten in die Billiglohnländer der Dritten Welt. Und wenn dann letztendlich nicht mehr genug Profit aus den Betrieben herauszuschinden ist, dann werden locker tausende von Beschäftigten auf die Straße gesetzt, wie das hier in Hamburg bei der HDW geschehen ist, und wie das bei Blohm und Voss vorbereitet wird.

Dagegen setzen wir uns gemeinsam zur Wehr und kämpfen zusammen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Darum haben wir uns auch in Erwerbslosen-Initiativen zusammengeschlossen, um unsere Rechte besser wahrnehmen zu können und um unsere Interessen eigenständig zu vertreten.

Gegen die konzertierte Verelendungs- und Ausbeutungspolitik von Regierung und Kapital stellen wir unsere eigene Kraft, unsere unabhängige Organisierung, unsere Forderungen und unsere Aktionen."

Von den ZAK gibt es eine Zusammenfassung der Arbeitsgruppenergebnisse. Sie können bei der Redaktion „Roter Morgen" bestellt werden. Bitte legt für Kopierkosten und Rückporto 3,50 DM in Briefmarken bei!

# Jugendarbeitslosigkeit

## DIE UNENDLICHE GESCHICHTE

**Sweet little sixteen**
Ich leg die Hände in den Schoß
Rentner bin ich nicht
Mein Kopf arbeitet wie verrückt
Ich kann es gar nicht abstellen
Das Grübeln
Ich bin arbeitslos
Und dabei erst sechzehn.

Renate Niens

**„Die Reichen haben kein Recht, soviel zu verdienen — wir brauchen Ausbildung und Arbeit!" — Hans Dietrich Genscher würde die KJD des Neids bezichtigen, denn unter diesem Arbeitstitel stand ein KJD-Seminar, das Mitte März für die Gruppen in NRW stattfand. Auf diesem Seminar wurden neben einer Schulung über Ausbeutung, Krise und Arbeitslosigkeit, insbesondere konkrete Aktionen geplant. Inzwischen sind einige Aktionen angelaufen und wir wollen sie dem interessierten Roten-Morgen-Leser nicht vorenthalten.**

# Ein Kommando macht Schlagzeilen

„10 Prozent Ausbildungsplätze in den Großbetrieben!", diese Forderung vertritt die KJD und so gut wie alle Jugendverbände, die sich mit dem Thema beschäftigten. Doch wenn Jugendliche einem Großkonzern auf den Pelz rücken wollen, um von ihm mehr Ausbildungsplätze zu fordern, dann müssen sie sich schon etwas Besonderes einfallen lassen. Denn diese anonymen Klötze sehen sich ja nicht genötigt zu reagieren, wenn man nur ein Flugblatt verteilt oder auf dem Podium diskutiert.

Was tun? war also die Ausgangsfrage. „Hau weg die Scheiße" — war die erste Idee, die wohl am besten auch die Stimmung ausdrückt. — „Genau, wir führen unsere Aktionen als Kommando durch, ist ja grad so in Mode..." „Was haltet ihr von: Kommando — Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt!" Kaum war ein alle begeisternder Name gefunden, sprudelten auch schon die nächsten Ideen: Arbeitslosenfete bei den Bossen im Garten, Fabriken besetzen, die 1.-Mai-Demo nutzen...

Doch bevor das Kommando in Aktion treten konnte, passierte in Dortmund, Köln und Düren völlig unerwartet folgendes: Bis heute anonym gebliebene Personen verteilten mehrere tausend Briefe in die Haushalte. Gefälschte Briefe, wie Polizei, Hoesch- und Ford-Konzern erstaunt feststellten.

Eine „Sonderaktion im Internationalen Jahr der Jugend" wurde da für die Betriebe Hoesch/Dortmund und Ford/Köln und Düren


HOESCH

HOESCH

Hoesch-Aktion im Internationalen Jahr der Jugend

angekündigt, in der zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Dortmunder Presse, die sich am nächsten Tag förmlich überschlug, widmete dieser Aktion Schlagzeile und ein Drittel der Lokalseite. Ausführlich wird der Inhalt der Briefe zitiert: „Die Hoesch Stahl AG ist sich der besonderen Verantwortung bewußt, die wir als größtes Wirtschaftsunternehmen im Dortmunder Raum besonders gegenüber jungen Menschen haben", hieß es da. Erinnert wurde zugleich an den Abbau von 10000 Arbeitsplätzen, an die schwarzen Zahlen in der Bilanz. „Deshalb können wir in diesem Jahr zusätzlich 250 Auszubildende einstellen", lasen Eltern, und es wurde aufgeschlüsselt, auf welche Ausbildungsberufe sich die 250 Plätze verteilen. Schließlich folgten Telefonnummern, unter anderem von Hoesch-Chef Dr. Rohwedder. Dort riefen seit dem Morgen immer wieder Eltern an, um ihre Kinder anzumelden." (Zitiert aus WAZ, 24. April 1985)

Natürlich durfte übelste Hetze in der Presse nicht fehlen. „Fälscher treiben böses Spiel mit Ausbildungsnot — Briefe narren Eltern und Hoesch", so lautet die Schlagzeile und der Kommentar war mit „Üble Fälschung" überschrieben. — In Köln und Düren reagierte der Ford-Konzern weniger hektisch — nur zwei kleine Meldungen in der Lokalpresse — und keine Ermittlung durch die Kripo und Anzeigenandrohung wie in Dortmund.

Konnte es einen besseren Anlaß für ein Kommando geben, um auf den Plan zu treten? Wohl kaum! Mit aller Anstrengung wurde jetzt in Dortmund, Köln und Düren von den KJD-Gruppen der 1. Mai vorbereitet. Ein Flugblatt — „Bekennerbrief" überschrieben als — entstand und ein Steckbrief, als Flugblatt und Plakat. Die Steckbriefe machen darauf aufmerksam, daß der Hoesch-Chef Rohwedder im Jahr 827730 Mark verdient. Daniel Goeudevert, Vorsitzender des Vorstandes der Ford-Werke Köln, rund 800000 Mark. Für diese Summen muß nicht nur ein normaler Malocher 25 Jahre arbeiten, für diese Summen könnten auch einige hundert neue Ausbildungsplätze geschaffen werden. — So sahen es auch viele Jugendliche und Ältere, die diese Flugblätter auf den 1.-Mai-Demos erhielten und auf dem DGB-Jugend-Mai in Dortmund, auf dem dem Kommando ein Info-Stand genehmigt wurde, was als KJD undenkbar ist.

Inzwischen hat in Köln, Düren und Dortmund die breitere Verteilung an Schulen, Lehrwerkstätten usw. begonnen, und neue Ideen für weitere Attacken werden geschmiedet. Leider kommen dem Kommando die beginnenden Sommerferien in die Quere, so daß viele tolle Ideen auf Grund der Kärfte nicht mehr realisiert werden können. Da ist am 14. Juni die Aktionärs-Hauptversammlung von Hoesch in Dortmund. Eine Aktie hat sich das Kommando schon besorgt, doch es fehlen die Kräfte, um sowohl vor der Westfalen-Halle, wie auch drinnen Putz für mehr Ausbildungsplätze zu machen. Hoesch hat bereits besondere Vorsichtsmaßnahmen für diese Aktionsversammlung getroffen, weil von Konzernseite aus mit Störungen gerechnet wird...

Dann wohnt der Hoesch-Arbeitsdirektor in einer herrlichen Villa in Dortmund mit großem Garten und so (Rohwedder hat sein Heim leider in Düsseldorf) — ein idealer Platz für eine Arbeitslosenfete. Ende August tagt wieder der Aufsichtsrat und der freut sich bekanntlich immer über unerwarteten Besuch. Den dicksten Hammer präsentiert Hoesch allerdings erst 1986 den arbeitslosen Dortmunder Jugendlichen. Für Ende 1986 sind die Abrißbagger bestellt, um verschiedene Werkstätten — in denen sofort ausgebildet werden könnte — abzureißen. Platt gemacht wird auch die Behinderten-Werkstatt, eine komplette Lehrwerkstatt, die zur Zeit auf einem anderen Werksgelände neuerrichtet wird. Den Abriß dieser Werkstätte zu verhindern, um hier neue Ausbildungsplätze zu schaffen, daß ist eine Überlegung, die in Dortmund von den Arbeitsloseninitiativen angestellt wird und bei eventuell stattfindenden Aktionen wird das „Kommando — Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt" bestimmt nicht fehlen.






Der ARBEITSPLATZKILLER von Dortmund

**Name** Detlev Carsten Rohwedder
**Größe** ca. 1,80 m
**Besondere Kennzeichen** junger, dynamischer Sozialdemokrat
**Funktion** Vorstands-Vorsitzender der Hoesch AG
**Jahresgehalt**

**827 730 DM**

Dafür muß ein normaler Arbeiter 25 Jahre malochen!

DETLEV CARSTEN ROHWEDDER WIRD GESUCHT

- **weil er:** 10000 Arbeitsplätze auf den Hoesch-Werken vernichtet hat;
- **weil er:** sich 1983 für den Hoesch-Vorstand eine Lohnerhöhung von 1 Million Mark genehmigte. (4 Personen = pro Kopf 250000 DM)
- **weil er:** von dem 1984 erwirtschafteten Reingewinn — 518 Millionen Mark — keine Arbeitsplätze schafft

Diese Suchaktion dient der Schaffung von zusätzlichen

**250 LEHRSTELLEN**

auf den Hoesch-Werken. Sachdienliche Hinweise nimmt entgegen:



*KOMMANDO: JETZT WIRD WIEDER IN DIE HÄNDE GESPUCKT*

KJD AKTION

## Bürgerantrag für kommunales Ausbildungszentrum

In Leverkusen gibt es angeblich nur 50 arbeitslose Jugendliche. Deswegen baut die Stadt kein kommunales Ausbildungszentrum. Andererseits sind hunderte Jugendliche in Verwahrungsmaßnahmen wie Berufsvorbereitungsjahr, Informationspraktikum und Programm „Lernen durch tun" bei Bayer usw.

Letztes Jahr wurden mit 3 Millionen Mark von der Stadt neue Ausbildungsplätze bei privaten Unternehmern gefördert. Die meisten dieser Ausbildungsplätze sind in so aussichtsreichen Berufen wie Friseuse und Verkäuferin.

Wir, die Leverkusener KJD-Gruppe, hatten uns deshalb vorgenommen, für die Einrichtung eines kommunalen Ausbildungszentrums einzusetzen. Einer von den Grünen hat uns vorgeschlagen, dies in der Form eines Bürgerantrages zu tun. Den Bürgerantrag haben wir auf einem Treffen mit Hilfe eines Kollegen vom Arbeitsamt ausgearbeitet. Jetzt wenden sich ein Genosse unserer Gruppe und je ein Mitglied der Grünen, der Jusos und der Falken in einem Brief an alle Leverkusener Jugendverbände und alle Personen und Einrichtungen, die sich mit Jugend- und/oder Arbeitslosenarbeit beschäftigen.

Diese werden in dem Brief aufgefordert, die Unterschriftensammlung für den Bürgerantrag zu unterstützen und zu einem Treffen eingeladen, um über weitere Aktionen zur Realisierung des Bürgerantrags zu sprechen.

Eure KJD-Leverkusen

**BÜRGERANTRAG**

**An den Rat der Stadt Leverkusen**
Wir fordern Sie auf, möglichst schnell ein kommunales Ausbildungszentrum mit 100 Ausbildungsplätzen zu errichten.

Das Ausbildungsplatzangebot sollte Berufe umfassen, die noch gewisse Zukunftsaussichten haben. Deshalb schlagen wir eine Ausbildung in Reparaturberufen (Metall), zum Beispiel Betriebsschlosser und spanabhebenden Berufen, wie zum Beispiel Dreher und Fräser vor, bei denen auch unbedingt eine Ausbildung an NC-Maschinen stattfinden soll.

Um den Auszubildenden einen Einblick in die betriebliche Praxis zu vermitteln, und ihre Bewerbungschancen nach der Ausbildung zu erhöhen, halten wir ein halbjähriges Betriebspraktikum in Leverkusener Industriebetrieben für notwendig.

Die Ausbildungsvergütung sollten den Tarifen einer Industriegewerkschaft entsprechen.

Als Träger schlagen wir zu je 50 Prozent die Stadt Leverkusen und den DGB vor.

Die Finanzierung kann durch eine Umlagenfinanzierung entsprechend dem Schwerbehindertengesetz §§ 4 und 8 sichergestellt werden.

Damit meinen wir, daß alle Arbeitgeber, die über mindestens 16 Arbeitsplätze verfügen, für jeden Auszubildenden, der ihnen zu einer Ausbildungsquote von 10 Prozent fehlt eine Ausgleichsabgabe von fünfhundert Deutsche Mark je Monat zu zahlen haben. Der Stadtrat wirkt in diesem Sinne auf die Landesregierung ein.

## Fakten

1. 360000 Jugendliche suchen gegenwärtig noch einen Ausbildungsplatz — diese Zahl gab kürzlich die SPD-Bundestagsfraktion bekannt.

Insgesamt wird die Zahl der Schulabgänger, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, mit 760000 beziffert — etwa soviele wie 1984. Hinzu kommt aber in diesem Jahr ein „Sockel" von 100000 aus dem Vorjahr, die unvermittelt blieben, sowie eine unbestimmte Zahl Jugendlicher aus den sogenannten Warteschleifen (BGJ, BVJ usw.). Die Zahl der Jugendlichen, die bundesweit in Warteschleifen „abgeparkt" sind, beläuft sich auf rund 400000. Sie drängen nach und nach auf den Ausbildungsmarkt. — Dieser Nachfrage steht ein Angebot von 760000 Ausbildungsplätzen gegenüber, das die Unternehmer nach eigenen Angaben schaffen wollen.

Damit erleben wir — trotz allmählich rückgängiger Schülerzahlen — in diesem Jahr den Rekordansturm seit Bestehen der BRD.

2. Ein Ausbildungsplatz in der Großindustrie kostet im Jahr ca. 20000 Mark. Jährlich wird für die gesamte Berufsausbildung einschließlich Berufsschulen, bauliche Einrichtungen, Ausbilder, Umschulungen, Unterhaltszahlungen usw.) 28 Milliarden Mark aufgewendet. Von dieser Summe zahlen Bund, Länder und Kommunen 10,5 Milliarden Mark, die Bundesanstalt für Arbeit 6,5 Milliarden Mark, die Unternehmer 11 Milliarden Mark. Das heißt die Unternehmer zahlen heute bereits — obwohl sie die Kohle und den Nutzen haben — nur 39 Prozent der Berufsausbildungskosten. — Finanziell ist die Berufsausbildung also schon fast verstaatlicht, nur daß nicht die Jugendlichen, sondern die Unternehmer von diesem Geld profitieren.

# Große ausländerpolitische Konferenz geplant

**Es geht weiter mit dem Frankfurter Appell. Auf dem Treffen des Koordinationsausschusses am 18. Mai, an dem auch die KPD teilnahm, wurde die nachstehende Entschließung verabschiedet. Sie zielt darauf ab, dem Motto und Ziel des Frankfurter Appells — Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche — eine konkrete Ausformung in Gestalt einer Bewegung für Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer zu geben. Schritte auf dem Weg zur völligen Gleichberechtigung sollen durchgesetzt werden. Unter dieser Stoßrichtung wurde eine Kampagne mit Blick auf die Bundestagswahlen 1987 vorgeschlagen. Auf einer großen *ausländerpolitischen Konferenz* im November 1985 soll dafür ein Konzept erarbeitet werden.**

**Auf dem Treffen wurde bekräftigt, daß der Frankfurter Appell sich nach wie vor nicht auf Spekulationen über den genauen Zeitpunkt der Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes einläßt und davon seine Arbeit, seine Aktionsplanung nicht abhängig macht. Eine solche kurzsichtige Herangehensweise hätte schon den Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik im vergangenen Jahr verhindert. Positiv hervorzuheben ist auch die offensive Reaktion des Koordinationsausschusses auf die begonnene Demontage des Asylrechts, die in einem neuen Asylrechtsgesetz „rechtlich" abgesichert werden soll. Ein tribunal mit internationaler Beteiligung soll in die Konferenz im November eingebettet werden.**

**Es ist jetzt Sache der Initiativen und Parteien, die den Frankfurter Appell unterstützen, die Umsetzung und Konkretisierung der guten Vorschläge des Koordinationsausschusses zu sichern. Unsere Genossinnen und Genossen sind aufgerufen, in Initiativen, in der Gewerkschaft und auch in den KPD-Gruppen selbst mit dafür zu sorgen, daß das geschieht.**

# Vorschlag zu einer ausländerpolitischen Konferenz im Herbst 1985

In Auseinandersetzung mit unserer Aktion „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" vom Herbst 1984 und unserer örtlichen Arbeit der letzten Monate stellen wir folgendes fest:

• Die weitere Verschärfung der ausländerrechtlichen Bestimmungen ist keinesfalls vom Tisch! *Im Gegenteil:* der Entwurf für ein überarbeitetes Ausländerrecht schmort weiterhin in Zimmermanns Innenministerium. Die öffentliche Diskussion wird immer wieder durch neue restriktive Vorschläge zu weiteren Verschärfungen bestimmt.

Besonders gefährlich ist zur Zeit die geplante Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes. Die Einführung einer Visumspflicht, die Befristung des Asyls, die drastische Einschränkung der Asylgründe usw. laufen auf eine Beseitigung des Asylrechts hinaus.

• Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 1984 Ausländer/innen aus der Bundesrepublik abgeschoben. Die Praxis zahlreicher Ausländerbehörden, sowie die negative Ausnutzung des sogenannten Ermessensspielraums der Behörden haben sich vor dem Hintergrund der Akzentsetzung in der ausländerpolitischen Diskussion ebenfalls verschärft.

• Über 300000 Rückkehrerinnen und Rückkehrer dokumentieren, daß „Ausländerfeindlichkeit von oben" und die dadurch geschürten und begünstigten rassistischen Vorurteile und Sündenbock-Argumente in der deutschen Bevölkerung, vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Krise, die ausländische Bevölkerung zunehmend eingeschüchtert und verunsichert haben.

Unsere bisherige Arbeit, so auch der „Marsch" vom letzten Jahr, hat sicherlich eine Vielzahl von Schwachpunkten unserer Arbeit gezeigt. Dennoch hat sich in der gemeinsamen Diskussion und Aktivität — bundesweit, vor allem aber örtlich — so etwas wie ein *gemeinsamer inhaltlicher Konsens* entwikkelt:

• Unsere Hauptforderung, „Ausländer/innen und Deutsche — gleiche Rechte!", hat sich hergestellt aus einem *gemeinsamen Grundverständnis,* nach dem wir auch die bereits heute existierende Ausländergesetzgebung (und erst recht weitere Verschärfung) als *Sondergesetze* gegen einen bestimmten Teil der hier lebenden Bevölkerung erkennen und ablehnen! Wir begründen unsere Ablehnung damit, daß wir erkannt haben, daß diese Sondergesetzgebung als ein staatliches Instrument für Teile-und-Herrsche-Politik gebraucht wird, die letztlich uns alle trifft.

• Dem Begriff der Integration, verstanden als einen Zwang zu rechtloser kultureller Angleichung und Unterordnung, stellen *wir* eine Politik entgegen, die die Identität der ausländischen Bevölkerung auf Grundlage *gleicher Bürgerrechte* achtet, begrüßt und akzeptiert!

• Hauptbestandteil einer Bewegung muß sein, daß wir als Ausländer/innen *und* Deutsche den Kampf für eine rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der ausländischen Bevölkerung als eine notwendige Auseinandersetzung zum Erhalt und Ausbau demokratischer Rechte *insgesamt* verstehen. Ausgrenzungsversuche gegen die ausländische Bevölkerung sind für uns Bestandteile ein und derselben Politik, die sich auch gegen Frauen, Arbeitslose, Jugendliche, Alte, Arme, Gewerkschaften usw. richtet. Gleichzeitig müssen wir aber, indem wir für unser gemeinsames Interesse eintreten, auch selbst lernen, miteinander zu leben und uns als Deutsche und Ausländer/innen in unserer Andersartigkeit und Vielfalt zu begegnen. Dies wäre ein Zeichen für die *Lebendigkeit* einer wirklichen Emanzipationsbewegung.

• Die Arbeit gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik leidet in den deutschen Organisationen, Verbänden und Parteien sehr unter einer gewissen *„Randständigkeit",* d. h. sie ist weder in Bezug auf die jeweiligen Aktivitäten, noch im Bewußtsein der jeweiligen Mitgliedschaft eine Frage, die im Mittelpunkt praktischer Auseinandersetzung steht. Forderungen und Resolutionen bleiben oftmals halbherzig und nur auf dem Papier. Die *Zusammenarbeit* mit Ausländer/innen/n selbst bzw. die Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen an *allen* gesellschaftlichen Fragen bleibt oft unberücksichtigt!

Dies muß sich ändern.

Deshalb ist eine gemeinsame, langfristig angelegte, konsequente Politik gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik nötig, die an der Arbeit von vielen kleinen Gruppen, Initiativen und aktiven Einzelpersonen *sowie* Verbänden, Parteien und Gewerkschaften anknüpft. Dabei liegt es uns vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen vor allem an *zwei* Dingen:

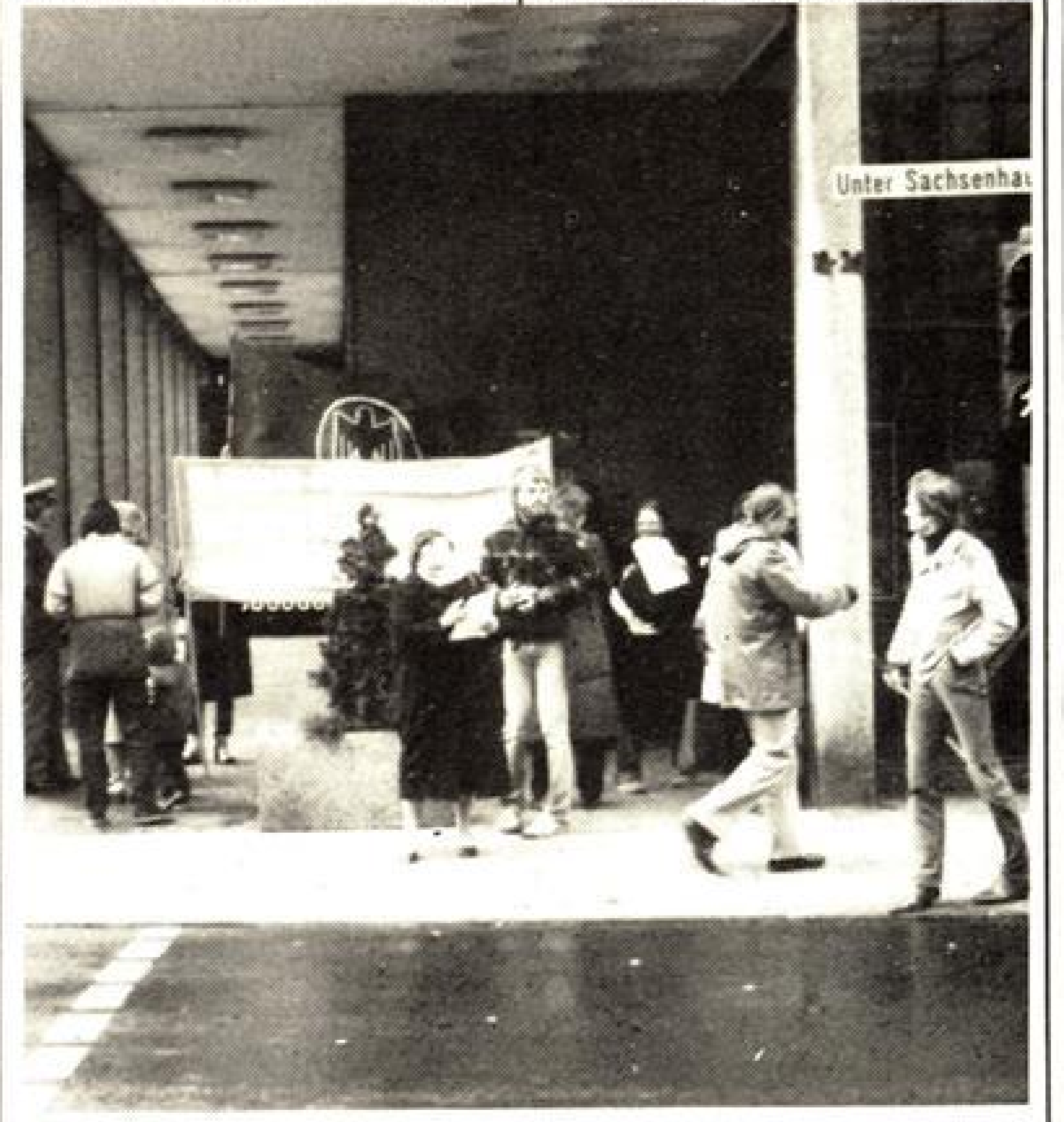
• Wir brauchen politische Forderungen, die uns aus unserer derzeitigen Defensive in eine *politische Offensive* bringen. Bis dato haben wir zwar in der Debatte untereinander eine Vielzahl von Ansätzen für eine „konkrete Utopie" einer gleichberechtigten, multikulturellen Gesellschaft entwickelt. In unserem politischen Alltag sind wir jedoch immer öfter dazu gezwungen, zu *re-agieren:* auf den Abschiebefall X, die Zustände in der Ausländerbehörde Y, die neofaschistische Aktion Z und all die Verschärfungspläne von vielen „Zimmermännern" im Lande.

Es muß uns gelingen, dieser wichtigen und notwendigen Tagesarbeit eine offensive und vorwärtstreibende Richtung zu geben und dabei eine klare Zielsetzung zu vermitteln!

• Wir glauben, daß aufgrund all der vorher genannten Inhalte ein möglichst breites Bündnis von Aktiven zustandekommen muß und kann. Dies gilt insbesondere, da die oftmals kleinen, immer unter Geld- und Personalmangel leidenden örtlichen Initiativen und Bündnisse, die dennoch die eigentlichen Träger der Arbeit darstellen, auf Zusammenarbeit angewiesen sind.

**In diesem Sinne machen wir nun folgenden Vorschlag: alle Organisationen, Verbände und Initiativen, Gewerkschaftsstrukturen und kirchlichen Kreise mögen die im Folgenden ausgeführte Idee diskutieren und ihre Haltung dazu in eine gemeinsame Diskussion einbringen.**

Im Spätherbst 1985, unserem Vorschlag nach am 23./24.




**Aktion gegen die Industrie- und Handelskammern 1983**

November 1985 soll in Frankfurt eine große ausländerpolitische Konferenz durchgeführt werden. Getragen werden soll diese Konferenz von allen in der ausländerpolitischen Arbeit Aktiven. In ihrem Mittelpunkt sollte die gemeinsame Auseinandersetzung über ein Konzept zu einer ab Frühjahr 1986 bis zu den Bundestagswahlen stattfindenden, also sehr langfristig angelegten *Kampagne* stehen. Unserer Meinung nach sollte diese Kampagne unter dem Motto *„Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer"* (Arbeitstitel) entwickelt werden. Wir müssen über alle konkreten Schritte, insbesondere entsprechende Durchsetzungsstrategien, diskutieren, die in diese Richtung führen. Eine besondere Rolle muß dabei das Niederlassungsrecht spielen, aber auch die Fragen der kommunalen Wahlen, Ausländerbeiräte und die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft.

Die Forderung „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!" hat gerade durch und mit der Aktion des „Frankfurter Appells" im letzten Herbst, insbesondere was die regionale und örtliche Unterstützung betraf, breite Zustimmung gefunden. Es gilt, diese Forderung zu konkretisieren und über systematische öffentliche Diskussion und Aktivitäten eine aktive und bewußtseinsbildenden *Gegenöffentlichkeit* zur bisherigen Ausländerpolitik aufzubauen.

• Ferner sollte auf der Konferenz über die Idee zu einer Initiative „Rock gegen Rassismus" diskutiert werden, die eine entsprechende Kampagne begleiten könnte.

Wir schlagen vor, am Samstag, dem 23. November, abends eine internationale Veranstaltung gegen die Verschärfung des Asylrechts gemeinsam mit CEDRI, Basel zu organisieren.

Wir denken, daß die Bewegung für gleiche Rechte sich mit denen zusammenschließen muß, die schon lange gegen die schrittweise Beseitigung des Asylrechts kämpfen (Gesellschaft für bedrohte Völker, *amnesty international, terre des hommes*). Mit der Veranstaltung wollen wir ein breites internationales Forum schaffen, in dem die Lage der Asylbewerber angeprangert und die geplanten Verschärfungen zurückgewiesen werden.

Dieser Vorschlag sollte von nun an in möglichst viele Zusammenhänge eingebracht und in diesen diskutiert werden! Aufgrundlage entsprechender Gespräche und Vorbereitungen sollte der konkrete Abalauf und Inhalt der Konferenz selbst *am 21./22. September* dann im Rahmen einer breit angekündigten Sitzung des Koordinationsausschusses „Frankfurter Appell" von *allen* Interessierten gemeinsam geplant und vorbereitet werden.

*Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell", 18. Mai 1985*

**Koordinationsbüro „Frankfurter Appell", Frieder Mühleisen, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel.: (069) 731092**

## Hände weg vom Asylrecht

Vor dem 8. Mai 1945 flohen mehrere hunderttausend vom Nationalsozialismus Verfolgte aus Deutschland. Viele fanden den Tod, weil ihnen niemand Asyl gewährte. Aus dieser Erfahrung heraus gibt unsere Verfassung politisch Verfolgten das Grundrecht auf Asyl.

40 Jahre danach erleben wir einen Frontalangriff auf dieses Grundrecht. Unter dem Vorwand, den „echten" Flüchtling schützen zu wollen, fordert man, den Begriff des politisch Verfolgten einzugrenzen. Durch Änderungen von Verfahrensvorschriften soll die Wahrnehmung des Asylrechts erschwert werden. Schlagworte von Asylantenflut, Asylmißbrauch und Schmarotzertum schüren irrationale Ängste in der Bevölkerung. Tatsächlich leben weniger als 90000 anerkannte Flüchtlinge in unserem Land.

Auch die gegenwärtige Zahl der Asylgesuche ist im internationalen Vergleich nicht beunruhigend.

Die Anerkennungszahlen im Asylverfahren widerlegen den generellen Vorwurf des Asylmißbrauchs. Im übrigen haben viele abgelehnte Flüchtlinge ein Bleiberecht aus humanitären Gründen.

Die Bundesrepublik und Europa können sich nicht durch eine Politik der geschlossenen Grenzen und der verschlossenen Augen von internationalen Problemen abschotten.

Die Menschenwürde vieler Asylsuchender wird durch jahrelange Verfahren, Zwangsaufenthalte in Sammelunterkünften, Arbeitsverbot und andere Abschreckungsmaßnahmen verletzt. Das trifft besonders Familien mit Kindern.

Im Bewußtsein unserer historischen Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus rufen wir dazu auf, sich den Angriffen auf Asylrecht und Menschenrechte zu widersetzen.

Initiatoren: amnesty international, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Gesellschaft für bedrohte Völker, Gustav-Heinemann-Initiative, Terre des Hommes Deutschland e.V., „Wir" e.V. — Forum für besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern.

epd

# Legalisierung der Geheimpolizei?




## Neuer Polizeigesetz-Musterentwurf

Schon seit geraumer Zeit erregt die Praxis der polizeilichen Fahndung von der Rasterfahndung über die Datenspeicherung und -weitergabe bis hin zum Ausbau des Under-cover-Agenten-Netzes die demokratische Öffentlichkeit. In jüngerer Zeit werden dazu gesetzliche Vorstellungen zur Absicherung dieser Praxis, die ja bisher weitgehend „im gesetzesfreien Raum" sich abspielt, diskutiert, wobei auch der Versuch gemacht wird, die Under-cover-Agenten hoffähig zu machen.

Dies kam z. B. in einem WDR-Schlagabtausch vor der NRW-Landtagswahl zwischen dem baden-württembergischen Landespolizeidirektor Stümper einerseits und dem nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor (auf dessen Linie weitgehend der sehr emotional wirkende Staatsrechtler Prof. Jürgen Seifert lag) andererseits deutlich zum Ausdruck, in dem die beiden zur Zeit herrschenden Rechtsauffassungen aufeinandertrafen. Stümper qualifiziert den Under-cover-Agenten verharmlosend als einen „verdeckt ermittelnden Beamten", und ihm wurde entgegengehalten, daß diese Bezeichnung doch wohl für jeden Kriminalbeamten zutreffend sei und nur dazu diene, die eigentliche Rolle dieses neuen Typs von Geheimpolizisten zu verharmlosen. (Einwände aus der Sicht des von polizeilichem Vorgehen betroffenen Bürgers machte in dieser Sendung der Tanner-Darsteller aus den Schimanski-Krimis der Tatort-Serie.)

Als vor zwei Jahren mittels Volkszählung der „gläserne Bürger" Wirklichkeit werden sollte, war die Zahl der davon Betroffenen so groß und kam eine derart breite Bewegung dagegen, organisiert in zahlreichen Volkszählunsboykott-Initiativen, zustande, daß das Bundesverfassungsgericht sich mit Rücksicht auf die in der Bevölkerung entstandene Unruhe veranlaßt sah, die Volkszählung in der beabsichtigten Form zu untersagen. Es war die erste größere Schlappe des inzwischen als „Ankündigungsminister" weitgehend in Mißkredit geratenen Bundesinnenministers Zimmermann. Doch die Kräfte, die er repräsentiert, ruhen natürlich nicht. Und was auf dem einen Weg nicht zu haben ist, dafür müssen die Bürokraten dann halt einen neuen Weg suchen, um es zu bekommen.

In einem von Ministerialbeamten gebildeten „Ad-hoc-Ausschuß" des Arbeitskreises II der ständigen Bund-Länder-Innenministerkonferenz war ein Musterentwurf für neue Polizeigesetze (in dieser Republik ja offiziell noch weitgehend Länderhoheit in Polizeirechtsfragen) erbastelt worden, der in einer Sitzung Ende April von dieser Konferenz als Beratungsgrundlage angenommen worden ist, wobei jedoch zwischen den CDU/CSU- und den SPD-Innenministern eine Meinungsverschiedenheit über die Art der „weiteren Beratungen" besteht: Während letztere dabei die jeweiligen Datenschutzbeauftragten zu Rate ziehen wollen, halten erstere dies nicht für ratsam. So wetterte denn auch Carl-Dietrich Spranger, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, über eine linke Datenschutzhysterie und erklärte, Datenschutz dürfe nicht dazu führen, daß sich der Staat gegenüber den Verbrechern und der Gewalt in eine unterlegene Position begebe. Aus einer darartigen Haltung heraus wird Datenschutz gern als „Täterschutz" verunglimpft.

Nun, die Verfasser des vorgelegten Polizeigesetze-Musterentwurfs haben sich Paragraph für Paragraph solche Bedenken gegen den Datenschutz zu eigen gemacht und dabei das Bundesverfassungsgerichtsurteil in Sachen Volkszählung und insbesondere das darin verkündete Recht des Staatsbürgers auf „informationelle Selbstbestimmung" — offenbar auftragsgetreu — als nicht vorhanden behandelt.

So soll (laut § 7 b dieses Entwurfs) „die Polizei personenbezogene Daten erheben, speichern, verändern und nutzen (können), soweit dies die Vorsorge zur Gefahrenabwehr erfordert". Wenn man weiß, daß z. B. die Bemalung eines Bunkers mit Friedenstauben „im Rahmen der Gefahrenabwehr" betrachtet werden kann (so die Presseerklärung der Dortmunder Polizei zur Begründung ihres gewaltsamen Vorgehens gegen eine Friedensinitiative am 11. Mai), so wird deutlich, wie weitgehend mit einer solchen Formulierung bereits der Datenschutz durchlöchert werden soll. Eine strenge Bindung an bestimmte Zwecke und ausdrückliche Eingrenzung der polizeilichen Datensammlung wird für im Entwurf genannten Zwecke ausgeklammert, vielmehr sollen Daten auch dann erhoben werden dürfen, wenn „Einzelmaßnahmen zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben" — was immer darunter zu verstehen ist — dies erfordern.

Bei all dem handelt es sich noch um Klauseln, die polizeiliches Vorgehen rechtfertigen sollen, ohne daß bereits irgendein straftatverdächtiger Sachverhalt vorliegt, sozusagen Generalpräventivklauseln, die in ihrem bürokratischen Hang zum Perfektionismus bei der Erfassung des Bürgers an das Allgemeine Preußische Landrecht von 1794 erinnern.

Die „besonderen Formen der Datenerhebung" zur Bekämpfung vorliegender Straftaten (hierbei werden fast alle Straftatbestände einbezogen) gehen noch weiter: Dabei soll die Polizei sich personenbezogene Daten auch durch längerfristige Observationen, verdeckten Einsatz von technischen Mitteln (d. h. durch „Lauschangriffe"), durch „Under-cover-Agents der Polizei" oder durch „planvollen Einsatz von V-Leuten" beschaffen dürfen. Es soll danach gesetzlich statthaft sein, zur Abwehr „einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr" (nicht näher gekennzeichnet, gemeint dürfte alles sein, was auf die Begehung von Straftaten bzw. dessen, was von der Polizei dafür gehalten wird, hinausläuft) mit Hilfe neuartiger technischer Geräte (hier bekommt auch die Verkabelung der Republik ihren polizeilichen Nutzwert) personenbezogene Daten aus Wohnungen zu beschaffen; „verdächtige Personen" und ihre Begleiter sollen beim Passieren einer polizeilichen Kontrolle heimlich registriert werden dürfen, um so „partielle Bewegungsbilder" der Betreffenden erstellen zu können.

Wen wundert es, wenn auch die Datenspeicherung und -weitergabe sowie die Befristung einer solchen Speicherung künftig keiner Zweckbindung mehr unterliegen sollen? Sie sollen zulässig sein, „wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist".

Störend ist allerdings das Recht des Staatsbürgers auf Auskunft über seine Person bezogene gespeicherte Daten. Folgerichtig wird die Auskunftspflicht der Polizei dem Bürger gegenüber derart eingeschränkt, daß sie faktisch nicht mehr besteht. Fristen für eine Löschung der Daten werden überhaupt nicht mehr genannt und die Löschung selbst in das Ermessen des Innenministers gestellt.

Gar so weit möchte das hessische Innenministerium nicht mitgehen. Es bemängelt vor allem die Grobschlächtigkeit dieses Musterentwurfs und hat einen eigenen Entwurf vorgelegt, an dessen Erstellung auch der hessische Datenschützer Spiros Simitis beteiligt worden ist. Danach soll das Vorgehen der Polizei genauer abgestuft werden, um zu verhindern, daß mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Die rechtliche Verunsicherung des Bürgers liegt den Verfassern am Herzen. Man möchte den Bürger etwas weicher betten.

Die Datenerhebung soll diesem Entwurf zufolge im Hinblick auf die Befristung einer strengen Zweckbindung unterliegen, weil (wie in Gegenposition zum Musterentwurf formuliert wird) der Staat nicht davon ausgehen dürfe, daß ein einmal von einer Behörde erhobenes Datum jederzeit anderen Behörden zur Verfügung stehe. Während im Musterentwurf Bild- und Tonaufzeichnungen bei öffentlichen Versammlungen zulässig sein sollen, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte (die Vermutung) rechtfertigen, daß Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen", sollen solche Aufzeichnungen dem hessischen Entwurf zufolge nur dann zulässig sein, „wenn die Begehung einer Straftat unmittelbar bevorsteht". Im Bereich der Gefahrenabwehr soll bei weniger schweren Straftaten (darunter fiele z. B. Sachbeschädigung durch Bemalen) nur mit ausdrücklicher Genehmigung seitens des Innenministers Daten gespeichert werden dürfen, dieser müsse seinerseits dazu den Datenschutzbeauftragten anhören. Im Hinblick auf Vorsorge zur Gefahrenabwehr gibt es laut dem hessischen Innenministerium für die Polizei keine neuen Arbeitsnotwendigkeiten außerhalb der vorbeugenden und repressiven Verbrechensbekämpfung. Bei „Lauschangriffen" gibt es eine Einschränkung: Wenn sie länger als ein Jahr dauern, soll ein Richter befragt werden.

Die „Frankfurter Rundschau" (Artikel „Schwammige Formeln und ‚weit geschnittene Hosen'" in der Ausgabe vom 2.5.85) meint, daß hinter diesen beiden Entwürfen zwei völlig verschiedene Ansätze ständen, und erwartet eine heiße Auseinandersetzung „in diesem wichtigen Teil der Innenpolitik". Wie allerdings das polizeiliche Vorgehen im SPD-regierten NRW zeigt (jüngstes Beispiel ist der Polizeiübergriff auf die Hörder Friedensinitiative), verwischen sich jedoch in der Praxis die Standpunkte. (Wenn z. B. von seiten der Gewerkschaft der Polizei in NRW die Forderung aufgestellt wird, daß künftig Einwohnermeldeämter und Kraftfahrzeugzulassungsstellen statt mit Zivilpersonen mit älteren Polizeibeamten besetzt werden — eine Maßnahme, die laut GdP den Frust vieler Polizeibeamten über mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten entgegenwirken soll —, so ordnet sich das ziemlich nahtlos in oben beschriebene Zielvorstellungen des Musterentwurfs ein. Haben sich denn nicht die entsprechenden Ämter seinerzeit im NS-Staat gut bewährt?) Wenn es hart auf hart geht, erweisen sich die Sozialdemokraten im Hinblick auf den kapitalistischen Staat allemal als „staatstragend".

— kadi —

## „Großer Ratschlag der Friedensbewegung" in Köln

**Ort:** Gesamtschule Raderthal-Zollstock, 5000 Köln 51, Raderthalgürtel 3

Der „Große Ratschlag" ist eine Strategiekonferenz und keine Aktionskonferenz, weil die perspektivischen Grundlagen und strategischen Überlegungen für gemeinsame Aktionen entwickelt werden sollen.

**Sonntag, 16.6.85**

13.00 Uhr: 1. Begrüßung, Festlegung der Tagesordnung

13.10 Uhr: 2. Berichte über Stand und Perspektiven der FB aus der Sicht von Gruppen des KA, je 10 Minuten zu den Fragen:

a) Welches sind die wesentlichen Themen für die weitere Arbeit der FB, weshalb?

B) Welches sind die Zusammenhänge und Prioritäten?

c) Wie, mit wem und unter welchen Bedingungen können diese Prioritäten am besten in die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit gebracht werden (Schlußfolgerungen)?

14.00 Uhr: 3. Arbeitsgruppen zu den Themen:

1) Genfer Verhandlungen
2) Westeuropäische Union (WJU)
3) Atomwaffensperrvertrag
4) Haushaltsplanung in Bund, Ländern und Gemeinden und Bundeswehr-Finanzplan
5) Weltraumrüstung
6) Zivilschutz
7) Kommunale Friedensarbeit/atomwaffenfreie Zonen
8) Mittelstreckenraketen und Atomwaffen in Europa
9) Europäische Friedensordnung, Sicherheitspartnerschaft, Entspannung, Koexistenz
10) Europa und „Dritte Welt"

— weitere Arbeitsgruppen nach Bedarf —

In allen Arbeitsgruppen soll beraten werden, welche Bedeutung und welchen strategischen Stellenwert das Thema für die politische Arbeit der Friedensbewegung hat und welche konkreten Schlußfolgerungen für gemeinsame Aktionen daraus gezogen werden.

20.00 Uhr: 4. Berichte aus den Arbeitsgruppen zu den Fragen:

a) Welche inhaltliche Perspektive hat das Thema für die politische Arbeit der Friedensbewegung?

b) Welche konkreten Schlußfolgerungen kann die Friedensbewegung daraus für die örtliche, regionale und überregionale Arbeit sowie für die Zusammenarbeit mit den Friedensbewegungen in anderen Ländern ziehen (z. B. in Bezug auf die Haushaltsberatungen 1985 und die in Belgien im Herbst 1985 anstehenden Entscheidungen)?

**Montag, 17.6.85**

9.00 Uhr: Fortsetzung der Berichte

10.00 Uhr: 5. Schlußfolgerungen — Plenardebatte —

13.30 Uhr: Konferenzende

Bitte möglichst anmelden. Teilnahmebeitrag beträgt 10,— DM.

## Nicaraguas Vizepräsident in Bonn

# Bonn empfängt Stroessner aber nicht Ramirez

**Im Rahmen einer ausgedehnten Europareise war der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez auch kurz in Bonn. Während die Vorbereitungen für den offiziellen Staatsbesuch des paraguayanischen Diktators Stroessner auf vollen Touren laufen, hatte man in Bonn kein Interesse an Gesprächen mit dem nicaraguanischen Staatsmann.**

**Die Bitte Ramirez' um ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl wurde gar nicht erst beantwortet, ein Gespräch mit Bundesaußenminister Genscher, so betonte das Auswärtige Amt, sei „auf Wunsch von Herrn Ramirez" zustandegekommen.**

Beim kühlen, kurzen Gespräch mit Genscher wurden dann auch lediglich die gegenseitigen Positionen dargestellt. Bonn war es vor allem wichtig, Daniel Ortegas Äußerung über die „Komplizenschaft" Bonn beim Krieg der USA gegen Nicaragua zu kritisieren. Diese Worte sind nach Ansicht des Auswärtigen Amtes ein *„erheblicher Rückschlag in den beiderseitigen Beziehungen."* Nicaraguas Vizepräsident sagte zwar zu, in Zukunft derlei *„verbale Konfrontationen"* zu vermeiden, vermied es aber, auf die Verleumdungen Bonns gegenüber seinem Land einzugehen. So war aus Bonn zu hören, Nicaragua sei das Land, das heute Zentralamerika destabilisiere.

Konkrete Ergebnisse hat das Gespräch Ramirez' in Bonn nicht gebracht, auch der, für die ehemals zugesagte und jetzt gesperrte 40-Millionen-Mark-Entwicklungshilfe zuständige Minister Warnke war für Ramirez nicht zu sprechen. Ein Skandal, bedenkt man, daß während seiner Europareise in Österreich, den Niederlanden und sogar im christdemokratisch regierten Belgien offiziell eingeladen und begrüßt wird. Lediglich Politiker der SPD — Wischnewski und Rau — sowie eine Delegation von Vorstand und Fraktion der GRÜNEN trafen sich mit Ramirez.

In dem Interview während des Bonn-Besuchs gab Ramirez viele Informationen zur aktuellen Lage in Nicaragua. Zur Situation kurz nach dem US-Handelsboykott sagte er: *„Wir hatten uns natürlich auf den Boykott vorbereitet, und bei den Exporten wird es weniger Probleme geben, andere Abnehmer zu finden. Aber vor allem unsere Industrie hängt zu 90 Prozent an nordamerikanischer Technologie, und*



Sergio Ramirez

*auch bei den Düngemitteln und Insektiziden der Landwirtschaft wird es Probleme geben. Andererseits hilft der Boykott auch, die Abhängigkeiten zu diversifizieren* (von einseitiger oder hauptsächlicher Abhängigkeit wegkommen, RM). *Und so suchen wir nicht nur neue Märkte, sondern versuchen auch, mehr Ersatzteile in Nicaragua selbst zu produzieren."*

Auf die Frage, ob Ortegas Reise nach Osteuropa diplomatisch besonders klug gewesen sei, antwortete Ramirez: *„Wissen Sie, wir können lange über diplomatisches Timing diskutieren. Es gab jedoch ein viel delikateres Timing für die Reise Ortegas: Wir haben kein Rohöl mehr. Und deswegen ist der Präsident in die Sowjetunion gereist, wo unserem Land Hilfe zugesagt wurde. Hätten wir etwa warten sollen, bis es dem Westen genehm gewesen wäre?"*

Auf die Frage, ob neue Abhängigkeiten entstehen würden, nannte Ramirez die Zahlen über Kredite und Hilfsleistungen aus verschiedenen Bereichen. Danach erhält Nicaragua heute **20 Prozent seiner Kredite aus Westeuropa, 23 Prozent aus Ländern des RGW** (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) **und 25 Prozent aus Lateinamerika. Der Rest verteilt sich auf viele andere Staaten.**

Zur Frage der Kriegssituation im Lande berichtete Ramirez: *„Auf militärischem Gebiet ist unsere Offensive immer dauerhafter — unsere Erfahrungen und unsere Organisation verbessern sich. Wir haben die Konterrevolution aus dem Territorium vertrieben, das sie besetzen wollten, und sie an die honduranische Grenze zurückgetrieben. Und jetzt können wir viel besser ihre Nachschubwege unterbrechen und ihnen den Rückzug abschneiden. Wir glauben, daß wir diese Kräfte in absehbarer Zeit neutralisieren können."*

Zur inneren Situation des Landes befragt, nach Protesten gegen die Wehrpflicht und sozialen Spannungen sagte Ramirez: *„Das ist kein Problem der Revolution — das sind unvermeidliche soziale Spannungen in einem Land, das einem Krieg ausgesetzt ist, der Opfer fordert. Der Krieg dauert schon drei Jahre. Daß wir ihn noch nicht aufgegeben haben, ist der beste Beweis für die Unterstützung, die wir haben. Schließlich kämpfen wir nicht mit einem professionellen Heer."* Und Ramirez weiter zur Wirtschaftskrise in Nicaragua: *„Die Krise werden wir in diesem Jahr aufhalten. Natürlich läßt sich in einer Kriegssituation nichts vorhersehen. Es kann sein, daß wir noch mehr Leute rekrutieren und noch mehr Uniformen, Stiefel und Medikamente ausgeben müssen. Das hat natürlich unmittelbar inflationären Effekt."*

Durch diese kurz wiedergegebenen Äußerungen des nicaraguanischen Vizepräsidenten wird deutlich, in welch schwieriger Situation sich das Land befindet. Grund genug, stärker noch als bisher, die Bundesregierung aufzufordern, die zugesagte 40-Millionen-Hilfe auszuzahlen und ihre Komplizenschaft mit den Kriegsplänen des US-Imperialismus aufzugeben.



Nicaragua kämpft an zwei Fronten. Im Krieg und für die Produktion

## Libanon

# Der neue Krieg gegen die Palästinenser

**In der letzten Woche berichteten wir ausführlich über die Situation im Libanon. Die neuen Kämpfe um die Palästinenserlager Sabra, Shatila und Bourj el Brajneh werden sowohl von Syrien als auch von Israel unterstützt.** Die schiitischen Amal-Milizen werden für ihren Krieg gegenüber den Palästinensern von Israel damit „belohnt", daß immer wieder gefangene Amal-Milizionäre von Israelis freigelassen und zur Verstärkung in den Libanon abgeschoben werden. Der Führer der „Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) Habasch hat schwere Vorwürfe gegen die Regierungen Syriens und Libanons erhoben, die nur gemeinsam die neuen Angriffe auf die Palästinenserlager möglich machen würden.

In der vergangenen Woche gingen die militärischen Auseinandersetzungen um die Lager zwar weiter, nach letzten Meldungen haben die Palästinenser ihre Positionen aber halten und zum Teil verbessern können.

Den „Roten Morgen" erreichte mittlerweile eine Presseerklärung des PLO-Vertreters in Bonn, Adalla Frangi, die drei Tage nach Beginn der neuen Kämpfe erstellt wurde. Wir drucken sie nebenstehend ab.

In Bonn hat ein Hungerstreik der Palästinensischen Gemeinde in der Bundesrepublik und Westberlin stattgefunden. Vor dem Gebäude der Vertretung der Liga der arabischen Staaten protestierten sie gegen die neuen Massaker an ihrem Volk und appellierten an die westdeutsche Öffentlichkeit, an die demokratischen und humanitären Organisationen und Kräfte sowie an politische Parteien und die Bundesregierung, sofortige medizinische und humanitäre Hilfsmaßnahmen zu ergreifen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Massaker und die Belagerung zu beenden.

Auch der Palästinensische Rote Halbmond hat einen internationalen Hilfsappell herausgegeben. Die westdeutsche Hilfsorganisation medico international berichtete vergangene Woche, das Gazha-Krankenhaus in Sabra seit total ausgebrannt, die Versorgung der Verletzten nicht mehr gewährleistet. Verwundete lägen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Außerdem sei der Vorrat an Blutkonserven und Medikamenten verbraucht. Zudem würden den Hilfsorganisationen zu den Lagern verwehrt.

**medico international bittet um finanzielle Hilfe. Spendenkonto: 1800, medico international, Stadtsparkasse Frankfurt.**



Schiitische Amal-Milizen im Kampf gegen die Palästinenser in den Flüchtlingslagern im Süden Beiruts

### Presseerklärung des PLO-Vertreters in Bonn

Mit Bedauern nehmen wir das zur Kenntnis, was seit drei Tagen in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Beirut geschieht. Die Namen Sabra und Shatila sind auf immer verknüpft mit dem Massaker vom September 1982, bei dem falangistische Kräfte unter israelischer Aufsicht mehr als 3000 Menschen ermordeten.

Seit Montag, 20.5.85, greifen nun die Kräfte AMALs die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra, Shatila und Burj al-Barajneh an. Heute morgen um zehn Uhr haben Einheiten der AMAL das Ghaza-Krankenhaus in Sabra gestürmt und ein Massaker an den Patienten und Verwundeten verübt, das an Brutalität dem israelisch-falangistischen Massaker von 1982 gleichkommt.

Bei den Kämpfen hat es bisher mehr als 100 Tote und über 400 Verwundete, zumeist Palästinenser, gegeben. Tausende wurden erneut zu Obdachlosen und Flüchtlingen.

Wir Palästinenser in der PLO sind heute gezwungen, deutlicher denn je zuvor auf die Verantwortlichen für diese Massaker und für die andauernden Verfolgungen und Ermordungen von Palästinensern im Libanon zu zeigen.

Diejenigen in AMAL, die heute unser Lager unter Kontrolle bringen wollen, waren nie und werden nie in der Lage sein, dies ohne syrische Billigung und Unterstützung zu tun. Die neuerlichen Massaker in Sabra, Shatila und Burj al-Barajneh stehen in der Verantwortung der syrischen Regierung.

Seit 1976 sucht die syrische Regierung die Kontrolle über den Libanon und die PLO zu erzwingen. Und wir erinnern uns zu gut an das Massaker von Tell Al Zaatar im August 1976, das unter Aufsicht syrischer Offiziere stattgefunden hat.

Der syrische Präsident Hafez al-Assad will heute die PLO schwächen und die Palästinenser im Libanon entwaffnen, um Hunderttausende von Palästinensern als Faustpfand gegen die PLO einzusetzen. Er will den USA beweisen, daß er Libanon und die PLO in der Hand hält.

Seit der israelischen Invasion in den Libanon werden täglich Palästinenser entführt, ermordet und verstümmelt. Wir sind gezwungen, uns zu bewaffnen und uns zu wehren, um unsere Lager, unser Volk und unser Leben zu schützen.

Wir appellieren heute nicht an die Menschlichkeit, nicht an die humanitären und internationalen Hilfsorganisationen.

Auch appellieren wir nicht an die arabischen Könige und Staatsoberhäupter. Das arabische Schweigen im Sommer 1982 haben wir nicht vergessen.

Wir erklären, daß wir all jene, die uns verfolgen, töten und massakrieren, zur Rechenschaft ziehen werden. Wir werden uns zu wehren wissen.

**Abdalla Frangi**
**Bonn, 22. Mai 1985**

# Atomwaffensperrvertrag: Eine negative Bilanz

## Zur 3. Überprüfungskonferenz

**Im September treten in Genf die Unterzeichnerstaaten des sogenannten Atomwaffensperrvertrages zur 3. Überprüfungskonferenz zusammen. Auf dieser Konferenz der über 120 Unterzeichnerstaaten geht es um die Frage, ob der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung nuklearer Waffen (Treaty of Non-Proliferation of Nuclear Weapons) auch in Zukunft noch Bestand haben wird.**

**Zu Auseinandersetzungen wird es auf der Konferenz wohl vor allem deshalb kommen, weil eine große Anzahl der Unterzeichnerstaaten, die über keine Atomwaffen verfügen, den Artikel VI des Vertrages gröblichst verletzt sehen dürfte. Im Artikel VI werden die Atommächte USA, Sowjetunion, Großbritannien verpflichtet, „so früh wie möglich ernsthafte Verhandlungen über effektive Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu führen."**

Schon auf der ersten und zweiten Überprüfungskonferenz war es wegen der offenkundigen Verletzung dieses Artikels durch die Atommächte zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Die zweite Überprüfungskonferenz blieb deshalb ohne gemeinsame Schlußerklärung.

Der Atomwaffensperrvertrag war 1965—1968 von den USA, der UdSSR und Großbritannien ausgehandelt worden. 1968 wurde er von der Generalversammlung der UNO gebilligt. 1970 trat er nach der Ratifizierung durch die Depositar- (Verwahr-) Mächte USA, UdSSR, Großbritannien und 40 weitere Unterzeichnerstaaten in Kraft.

### Negative Bilanz

Die bisherige Bilanz des Atomwaffensperrvertrages ist negativ.

1. Das atomare Wettrüsten ist seit seiner Ratifizierung nicht rückläufig, sondern explosionsartig angestiegen.

2. Auch die Zahl der atomwaffenfähigen Staaten hat sich vermehrt. Sicher könnte man einwenden, daß die Zahl der atomar gerüsteten Staaten ohne den Vertrag heute noch größer wäre. Aber abgesehen davon, daß das spekulativ ist, muß man realistischerweise zu der Auffassung kommen, daß eine mögliche Beschränkung der Zahl der atomwaffenbesitzenden Staaten ein schwacher Trost ist, wenn gleichzeitig die USA und die Sowjetunion die Welt in ein atomares Pulverfaß verwandeln. Die größte Gefahr, gegen die heute gekämpft wird, die Gefahr eines atomaren Weltkrieges, entscheidet sich nicht an der Frage, ob ein Land in Asien oder Lateinamerika sich eine primitive Atombombe zusammenbastelt, sondern geht von der atomaren Hochrüstung von NATO und Warschauer Pakt unter der Führung der USA und der Sowjetunion aus.

3. Die Trennung, die der Vertrag zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie vornimmt, hat sich letztlich als eine Art Freibrief für die weltweite Verbreitung atomwaffentauglichen Materials und atomwaffentauglicher Technologie im Rahmen der sogenannten zivilen Nutzung herausgestellt. Auf der 1. Überprüfungskonferenz 1975 war immerhin in der Abschlußerklärung vereinbart worden, daß Nuklearexporte in Nichtunterzeichnerstaaten nur möglich sein sollen, wenn das gesamte Atomprogramm der Importländer unter die Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Agentur gestellt würde. Ganze drei Wochen später brach die damalige SPD/FDP-Koalition beim Abschluß des Atomgeschäfts mit Brasilien diese Vereinbarung.

Diese negative Bilanzierung des Atomwaffensperrvertrges kann allerdings nicht die Kritik umstandslos untermauern, die unsere Partei damals am Atomwaffensperrvertrag geäußert hat.

Unsere Haltung war wesentlich dadurch beeinflußt worden, daß die KP Chinas den Atomwaffensperrvertrag als „Diktat der Supermächte" verurteilt hat. Nachdem sich mittlerweile herausgestellt hat, daß die USA und die Sowjetunion seit Inkrafttreten des Vertrages ihre atomare Übermacht gegenüber allen anderen Staaten erheblich ausgebaut haben, ist dieser Aspekt ja nicht einmal von der Hand zu weisen. Auch hinsichtlich des Streites zwischen der chinesischen und sowjetischen Führung, ob China das Recht auf Entwicklung eigener Atomwaffen habe, muß auch heute noch festgestellt werden, daß die sowjetischen Revisionisten damals tatsächlich hegemoniale Interessen verfolgten und ihre Rolle als „Führungsmacht" gegen die aufmüpfigen Chinesen verteidigten. Das bleibt historische Tatsache, auch wenn es heute — insbesondere nach der Aggression Chinas gegen Vietnam — überhaupt keinen Anlaß mehr gibt, an der chinesischen Atomrüstung irgendetwas Antihegemoniales zu entdecken.

Die Darstellung des Vertrages als „Diktat der Supermächte" aber abstrahierte von den aggressiven Interessen des westdeutschen Imperialismus. Sie übersah, daß der Vertrag ein Gutes doch hatte: er beeinträchtigte die Bestrebungen der reaktionärsten finanzkapitalistischen Kreise zur atomaren Bewaffnung des westdeutschen Imperialismus.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, sich noch einmal die politische Auseinandersetzung, wie sie vor allem von der politischen Reaktion geführt wurde, in Erinnerung zu rufen. Immerhin: endgültig ratifiziert hat die Bundesrepublik den Vertrag erst 1974. Selbst damals stimmten noch 90 Unions-Abgeordnete im Bundestag gegen die Ratifizierung. Unter diesen erbittertsten Gegnern des Vertrages drei Mitglieder des Kabinetts Kohl: Wörner, Mertes, Zimmermann.

### Strauß: „ein neues Versailles"

Das Streben des westdeutschen Imperialismus nach eigenständiger atomarer Bewaffnung ist praktisch so alt wie die Bundeswehr. Zunächst paßte dieses Streben auch durchaus in die Generallinie der USA, Westeuropa und vor allem Westdeutschland, gegen den Warschauer Pakt aufzurüsten. Ende der 50er Jahre wurden unter der Regie des Pentagon in der NATO-Führung Pläne entwickelt, die westeuropäischen Bündnispartner stärker atomar zu beteiligen. Es war der damalige Verteidigungsminister Strauß, der die „Chance" um jeden Preis nutzen und sofort Fakten schaffen wollte. Wie der „Spiegel" später enthüllte, fiel die folgenschwere Ausdehnung des Starfighter-Beschaffungsprogramms durch Strauß im Frühjahr 1960 zusammen mit einer bedeutenden technischen Veränderung: Das bis dahin nur zum Abwurf konventioneller Bomben konzipierte Flugzeug wurde nun zum Abwurf von Atombomben umgerüstet. Tatsächlich sahen die bereits angesprochenen NATO-Pläne eine größere Zahl westdeutscher Atombomben vor. Der „Spiegel" beschrieb damals die Absicht von Strauß so: „Wenn nun die Atombomber — so lautete die Strauß-Rechnung — eilig beschafft würden und startklar wären, noch ehe jener erweiterte „strike"-Auftrag der NATO womöglich revidiert würde, dann gebe es für die deutsche Atom-Mitwirkung kein Zurück mehr." (1)

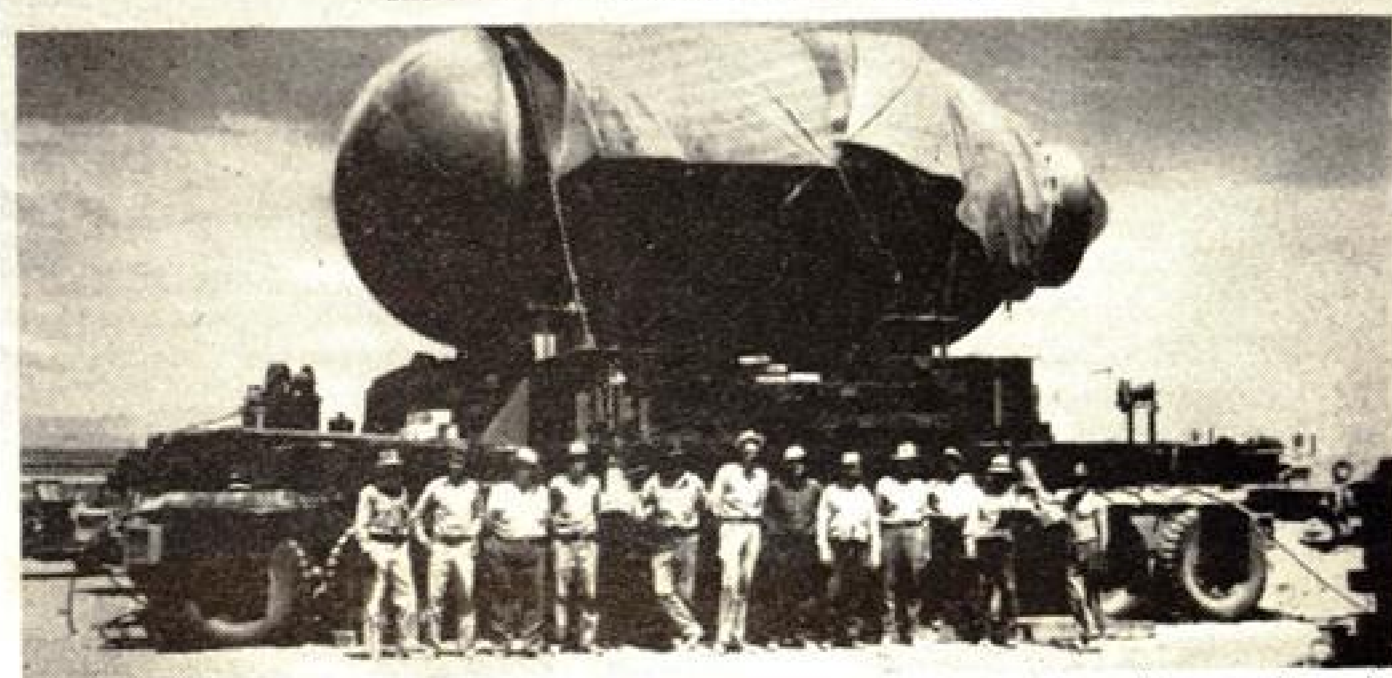
Ein gewisses Zurück gab es aber doch — und zwar infolge einer von Strauß offensichtlich schon befürchteten Änderung in den strategischen Plänen des Pentagon. In der internationalen Politik wurden nun die Konsequenzen deutlich, die sich aus der Aufgabe aller wesentlichen Schlußfolgerungen aus der leninistischen Imperialismus-Analyse durch Chruschtschow und die Führung der KPdSU ergaben. Die sowjetische Führung stellte die Frage der Verteidigung des Friedens nicht mehr im Rahmen des Kampfes gegen den Imperialismus, sondern als Problem der Zusammenarbeit zwischen den führenden Mächten, der USA und der Sowjetunion. Es begann jene Phase in der internationalen Politik, in der die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion abgeschwächt wurde durch verstärkte Kooperation beider Mächte, durch die die jeweiligen Einflußbereiche wechselseitig weitestgehend anerkannt und respektiert und die Vorherrschaftsstellung beider stabilisiert werden sollte.

In diesem vielbeschworenen Geist von Camp-David bahnten sich trotz Kuba-Krise und Vietnam Bestrebungen an, das Monopol der Atommächte auf vertragliche Grundlage zu stellen.

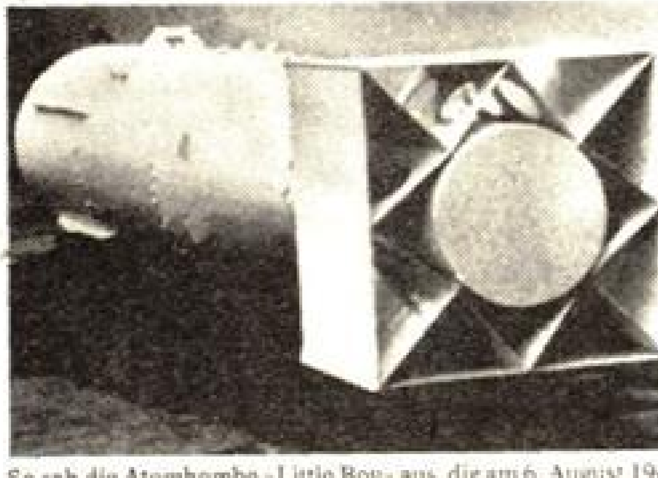
Die Bundesregierung trat erst als 94. Staat am 28. November 1969, also einen Monat nach der Regierungserklärung Willy Brandts (erstes SPD/FDP-Kabinett nach der großen Koalition) dem Abkommen bei. Daß sich erst so spät eine Bundesregierung zur Unterzeichnung des Abkommens bereit fand, hatte seinen Grund in der ablehnenden Haltung der CDU/CSU. Vor allem Strauß und die CSU betrieben ab Mitte der 60er Jahre bis 1974 eine schrille Kampagne gegen die Unterzeichnung.

Der Widerstand bedeutender Teile des westdeutschen Finanzkapitals gegen den Sperrvertrag ergab sich direkt aus atomaren Ambitio-

### Aus dem Arsenal des Schreckens



»Jumbo« hieß das Stahlgehäuse, in dem am 16. Juli 1945 die erste nukleare Versuchsexplosion der Amerikaner ausgelöst werden sollte. Doch der Sprengsatz detonierte ohne die Schutzhülle. Drei Wochen später fiel die Atombombe auf Hiroshima



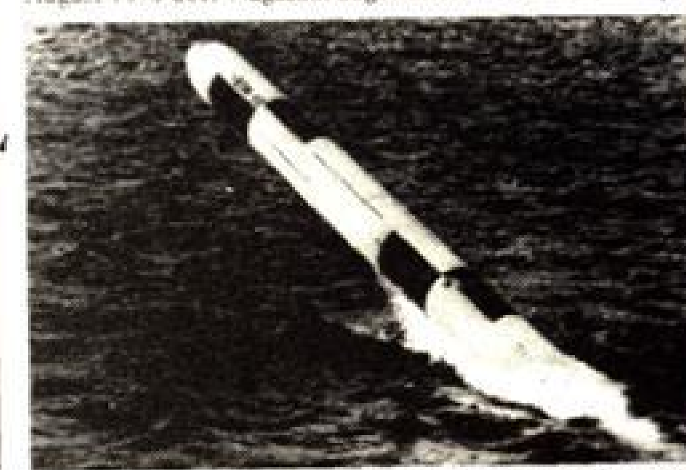
So sah die Atombombe »Little Boy« aus, die am 6. August 1945 auf Hiroshima fiel: 115 000 Tote, die Welt hielt den Atem an



Die Atombombe »Fat Man« die am 9. August 1945 über Nagasaki abgeworfen wurde: 80 000 Opfer



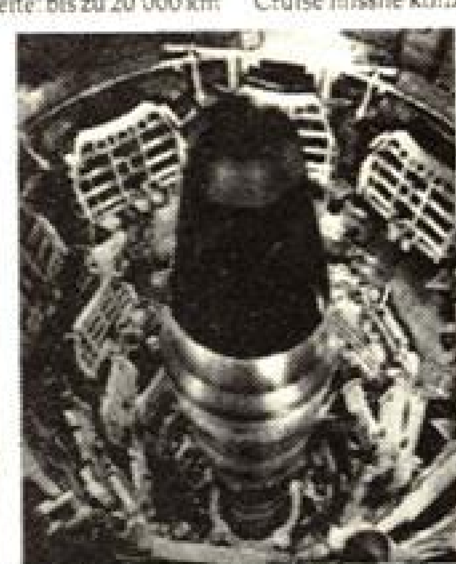
Der Langstreckenbomber B 52 kann Bomben und Marschflugkörper im Gewicht von 34 t tragen. Reichweite: bis zu 20 000 km



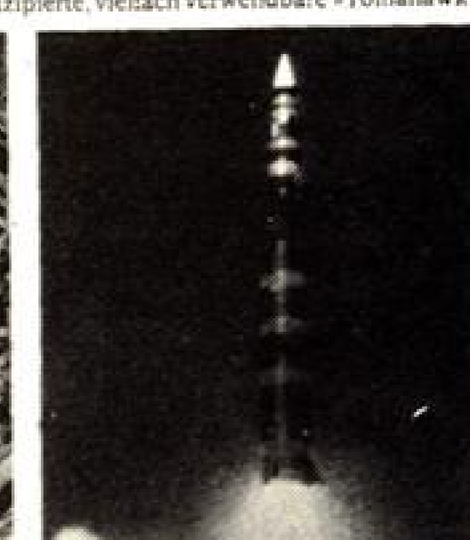
Atomar bestückt, wie alle modernen Raketen, ist die als See-Cruise missile konzipierte, vielfach verwendbare »Tomahawk«



Von einem Atom-Unterseeboot abgefeuert: die ballistische Rakete Trident C4



Interkontinentalrakete Titan II: 500mal stärker als die Atombombe von Nagasaki



Mittelstreckenrakete Pershing II

nen des westdeutschen Imperialismus. Zwar hatte die Adenauer-Regierung 1954 im Namen der BRD auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet. Das geschah jedoch keineswegs freiwillig, sondern auf Druck der anderen westeuropäischen Staaten (vor allem Frankreichs), die eine solche Verzichtserklärung als Voraussetzung für den Eintritt der BRD in die Westeuropäische Union betrachteten. Das bedeutete folglich auch keineswegs die Aufgabe der atomaren Bestrebungen im westdeutschen Finanzkapital.

Vor allem Strauß als wichtigster politischer Vertreter der an Rüstungsproduktion und Aufrüstung besonders interessierten Kapitalkreise versuchte immer wieder, zumindest einen Fuß in die durch den WEU-Vertrag und die Pariser Verträge zunächst einmal geschlossene atomare Tür zu setzen. So erklärte er 1957: „Die durch den Vertrag geschaffene Rechtslage ist eine völkerrechtliche Verpflichtung und verbietet uns, A-, B- oder C-Waffen herzustellen. Die reine Rechtslage würde es uns nicht verbieten, Forschung zu betreiben." (2)

Auf den Versuch von Strauß, der atomaren Bewaffnung im Rahmen des Starfighter-Beschaffungsprogramms näherzukommen, sind wir schon eingegangen. Als die USA immer eindeutiger von Überlegungen einer atomaren Beteiligung Westdeutschlands abrückten und in die Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag eintraten, formulierte Strauß, worum es ihm und den von ihm repräsentierten finanzkapitalistischen Kreisen mit dem Widerstand gegen den Vertrag ging: „Deutschland ist ein Faktor im Kraftfeld der Beziehungen unter den Atommächten. Seine Sicherheit ist und bleibt eine Funktion der nuklearen Abschreckungsstrategie. Die Bundesrepublik hat aber keinen entscheidenden Einfluß auf nukleare Planung, geschweige denn Entscheidung. Das ist vielleicht gegenwärtig nicht zu ändern. Die Möglichkeit zu einer Änderung darf jedoch nicht verworfen werden. Es wäre leichtfertig." (3)

In dieser Frage war ein schwerwiegender Widerspruch zwischen den Interessen des US-Imperialismus und den aggressivsten Bestrebungen im westdeutschen Finanzkapital aufgebrochen. Adenauer — inzwischen nicht mehr Bundeskanzler — bezeichnete den Sperrvertrag als „Morgenthau-Plan im Quadrat" (40), Strauß agitierte mit der Formel „ein neues Versailles, und zwar eines mit kosmischen Ausmaßen." (4)

Die Empörung dieser Kreise über den Sperrvertrag ging so weit, daß sogar nach Alternativen zur „einseitigen Bindung an die USA" gesucht wurde und mit viel publizistischem Aufwand eine europäische Vision ins Spiel gebracht wurde, deren Kern darin bestand, daß die westeuropäische Einigung durch eine europäische Atomstreitmacht gekrönt werden sollte. (5)

### Atomindustrie: die unbegrenzte Entwicklung

Die Sorge, daß der Atomwaffensperrvertrag den Zugang der westdeutschen Wirtschaft zur Atomtechnologie überhaupt verbauen würde, war auch ein weiterer wesentlicher Grund für den Widerstand bedeutender Monopolkreise gegen den Vertrag. Darauf spielte Adenauers Vergleich mit dem Morgenthau-Plan an. Noch klarer formulierte es der CSU-Politiker Guttenberg, als er von einem „Monopolvertrag mit der Tendenz, ein wirtschaftlicher Knebelungsvertrag zu werden" sprach (6). Die unbegrenzte Entwicklung friedlicher Atomprojekte gehörte denn auch zu den Garantien, die die USA auf Verlangen der großen Koalition vom 13. August 1969 abgaben, um Bonn zu einem Beitritt zum Vertrag zu bewegen.

Das mit ungeheurem staatlichen Aufwand geförderte Kernenergieprogramm hat dafür gesorgt, daß der westdeutsche Imperialismus heute über die wesentlichen technologischen Voraussetzungen einer eigenen Atomwaffenproduktion verfügt.

So wenig sich eine deutliche Trennungslinie zwischen militärischem und zivilem Bereich der Kernenergienutzung ziehen läßt, so deutlich ist die finanzkapitalistische Interessenverflechtung im Bereich der Rüstungs- und Atomindustrie. Deutlich wird das etwa am Beispiel Siemens, der zu den größten Rüstungsprofiteuren in der BRD gehört und über sein Tochterunternehmen KWU faktisch der einzige westdeutsche Reaktorbauer ist.

Mit dieser marktbeherrschenden Position im Reaktorbau ist aber der Einfluß des Siemens-Konzerns in der westdeutschen Atomindustrie noch keineswegs erschöpft. Direkt oder indirekt kontrolliert Siemens einen Großteil der sogenannten Kreislauffirmen (Brennelemente, Wiederaufbereitung u. a.) und ist sicher an der Mehrheit dieser Firmen direkt oder indirekt beteiligt. Auch da endet der Einfluß von Siemens in der Atomindustrie noch nicht. Nicht so bedeutend mag die Tatsache sein, daß Siemens mindestens an zwei Bauunternehmen beteiligt ist, die stark im Kernkraftwerksbau tätig sind. Bedeutend aber ist, daß Aufsichtsratsmitglieder des Siemens-Konzerns in den Aufsichtsräten vieler Energieversorgungsunternehmen sitzen, die heute Atomkraftwerke betreiben.

In der Atomindustrie sind alle westdeutschen Großbanken engagiert, am stärksten aber wohl die Deutsche Bank (über eine 25prozentige Beteiligung an der Energieverwaltungsgesellschaft Düsseldorf indirekte Beteiligung vom KKW-Betreiber VEW, über eine Drittelbeteiligung an der Münchener Allgemeinen Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen indirekt beteiligt an mehreren Kreislauffirmen) an die Dresdner Bank (über knapp 30prozentige Beteiligung an der Metallgesellschaft Frankfurt indirekte Beteiligung an mehreren Kreislauffirmen). Auffällig ist die Interessenverflechtung zwischen dem Siemens-Konzern, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und dem Allianz-Konzern (gemeinsame direkte oder indirekte Beteiligung an der Metallgesellschaft Frankfurt). Die Allianz-Versicherungs AG ist darüber hinaus über ihre 25prozentige Beteiligung an der Münchner Rückversicherungsgesellschaft und deren maßgebliche Beteiligung bei der DEGUSSA indirekt an weiteren Kreislauffirmen beteiligt. Aus der Chemieindustrie sind Hoechst und Bayer zu je 25 Prozent an der Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH beteiligt. Hoechst ist mit 25 Prozent an einer weiteren Kreislauffirma (Uranit GmbH Jülich) beteiligt.

Diese große Konzentration finanzkapitalistischer Interessen in der Atomindustrie erklärt, warum heute von staatlicher Seite gerade der Export atomarer Technologie mit allen Mitteln vorangetrieben wird. Kaum überspitzt läßt sich behaupten, daß es sozusagen schon zum Ritual der Staatsbesuche Helmut Kohls gehört, dem Gastland nebenbei mindestens ein Kernkraftwerk anzudrehen. Und zwar auch dann, wenn es wie im Fall Ägypten mit nackter finanzieller Erpressung zur Annahme gebracht werden muß.

Dabei ist die Bundesregierung auf allen internationalen Konferenzen dagegen aufgetreten, die Bedingungen für den Atomexport zu verschärfen bzw. auch nur verbindlicher zu gestalten. Sie ist heute ein Hauptgegner tatsächlicher Nichtverbreitungspolitik. Die von der BRD angelegten Kriterien für die Zulässigkeit des Exports atomarer Anlagen liegen unter denen anderer Anbieterländer. Die kanadische Regierung hat im Zusammenhang mit dem Auftrag für den Atucha-II-Reaktor in Argentinien den Vorwurf erhoben, die Bundesregierung habe die Bestimmungen über die Nichtweitergabe zu einem Element des Wettbewerbs um den Auftrag gemacht.

Es ist davon auszugehen, daß zumindest Südafrika und Brasilien mit westdeutscher Hilfe die Fähigkeit zur Atomwaffenproduktion erlangt haben bzw. kurz davor stehen.

### Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Dieser aggressive Kampf des westdeutschen Imperialismus um eine führende Stellung in der Atomtechnologie spricht kaum dafür, daß das westdeutsche Monopolkapital, vor allem nicht seine besonders an der Rüstungsproduktion interessierten Teile, sich mit seiner gegenwärtigen Lage als „atomarer Habenichts" auf militärischem Gebiet abgefunden hat. Erstens würde mit eigener Atomwaffenproduktion das Rüstungsgeschäft eine neue Dimension gewinnen. Zweitens hat man ohne eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen im Kampf um Vorherrschaft in der Welt eben nur einen eingeschränkten Handlungsspielraum.

Erkennbar ist aber nicht, daß ernstzunehmende finanzkapitalistische Kreise die Forderung erheben würden, die Erlangung der „atomaren Souveränität" durch einen Konfrontationskurs innerhalb des westlichen Bündnisses, etwa durch einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages, anzustreben.

Vielmehr scheint zäh auf zwei Schienen gearbeitet zu werden.

Zum einen werden von westdeutscher Seite immer wieder Pläne in die Diskussion gebracht, die auf die Schaffung einer westeuropäischen Militärmacht hinauslaufen. In diesem Rahmen wäre der westdeutsche Zugang zur Verfügungsgewalt über Atomwaffen denkbar.

Vielleicht eher realistisch ist aber die Forderung nach dem „Zweitschlüssel", wie sie ja schon im Zusammenhang mit der NATO-Nachrüstung erhoben wurde, also die Forderung nach einer Mitentscheidung über die Verwendung der in Westdeutschland stationierten Atomwaffen.

Tatsächlich ist fraglich, ob bei einer Verschärfung der US-Kriegspolitik gegenüber dem Warschauer Vertrag die Vereinigten Staaten den westdeutschen Forderungen nach atomarer Beteiligung auf Dauer abhnend gegenüberstehen können. Schließlich müssen die US-Imperialisten zunehmend auch darauf bedacht sein, Widersprüche im eigenen Bündnissystem, für deren Verschärfung es objektive Grundlagen gibt, abzuschwächen.

Jedenfalls bleibt der Kampf gegen die atomaren Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus auf der Tagesordnung.

**Anmerkungen**

1. Spiegel 5/1966
2. Spiegel 1. 5. 1957
3. zitiert nach: Bayern-Kurier, 31. 12. 1966
4. zitiert nach: Spiegel, 20. 2. 1967
5. vgl. Franz-Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966
6. zitiert nach: H.-G. Koch u. a., CDU/CSU — verhinderte Staatspartei, S. 36, München 1974

**Griechenland**

# Wahlsieg für die PASOK

**Bei den vorgezogenen Neuwahlen für das griechische Parlament hat die Panhellenistische Sozialistische Bewegung (PASOK) einen großen Sieg errungen. Mit ihrem Stimmanteil von 45,89 Prozent stellt sie im neuen Parlament 161 Abgeordnete, das ist weiter die absolute Mehrheit. Die rechte konservative „Nea Demokratia", Neue Demokratie (ND), erreichte überraschend nur 40,84 Prozent und schickt demnach 125 Vertreter ins Parlament.**

Die moskautreue Kommunistische Partei Griechenlands verlor ein Prozent — aber immerhin jeden zehnten ihrer Wähler — und stellt mit 9,89 Prozent weiterhin 13 Abgeordnete. Das neue Wahlgesetz ermöglichte auch der kleinen eurokommunistischen KP mit 1,84 Prozent Stimmanteil einen Abgeordneten im Parlament zu stellen. Somit haben die linken Parteien in Griechenland mit rund 58 Prozent klar die konservativen Kräfte besiegt. Ein weiteres interessantes Ergebnis ist die Absage an die faschistische EPEN. Diese rechtsradikale Partei der alten Generäle und Obristen erreichte nur 0,59 Prozent und wird nicht im Parlament vertreten sein.

Der alte und neue Regierungschef Andreas Papandreou wird sich in Zukunft mehr auf seine Vergangenheit als Ökonomieprofessor besinnen müssen. Die Wirtschaftslage ist extrem schlecht, die galoppierende Teuerung und die hohen Arbeitslosenzahlen haben der PASOK in den großen Städten teilweise empfindliche Einbußen gebracht. Papandreou, der sich nicht nur in Wahlkämpfen immer gegen die USA ausspricht und propagiert „Griechenland muß den Griechen gehören" muß im Jahre 1988 den 1983 ausgehandelten Stützpunktvertrag mit den USA — die viele Militärstellungen in Griechenland haben — aufkündigen, oder verlängern. Das zweite dürfte er kaum der Bevölkerung erklären können, die fast permanent gegen die US-Basen demonstriert und kämpft.

Dem Wahlkampf vorausgegangen waren die Auseinandersetzungen um den griechischen Staatspräsidenten. Nachdem die PASOK klargemacht hatte, daß sie den alten Präsidenten Karamanlis nicht mehr unterstützen wollte, präsentierte sie Sartzetakis als ihren Kandidaten. Sartzetakis, der als junger Staatsanwalt eine Verschwörung von Offizieren aufdeckte (die Geschichte ist Basis des Romans und des Films „Z") und sich während seiner Arbeit im Justizministerium unter anderem als Gegner der Auslieferung von Mitgliedern der RAF in die Bundesrepublik einen Namen machte, gilt als Linker. Ob die Wahl dieses Mannes durch die PASOK-Mehrheit im Parlament nur ein Manöver war, um linke Stimmen zu gewinnen, oder ein Zeichen für eine konsequentere Politik der PASOK bleibt abzuwarten. Die bisherige Politik des Andreas Papandreou, von Winkelzügen und Taktiererei geprägt, lassen eher das erstere vermuten.

**Trotz Referendum**

# Kein Austritt aus der NATO?

**Das für März 1986 angekündigte Referendum, eine Volksbefragung über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens, soll offensichtlich zur Farce gemacht werden. Nach Angaben der linksliberalen spanischen Zeitung „El País" hat der sozialdemokratische Regierungschef Spaniens, Felipe Gonzales, vor wenigen Tagen auf einer Konferenz seiner Partei klargestellt, daß sich die Regierung nicht an ein Votum der Volksbefragung halten will.**

Die Haltung der Regierung zu dem von einer breiten Bewegung geforderten Referendum hat sich schrittweise geändert. Im November 1984 erklärte Gonzales noch: *„Obwohl die Regierung nach der Verfassung nicht durch das Resultat des NATO-Referendums gebunden ist, wird sie das Ergebnis akzeptieren, selbst wenn das die Aufkündigung des Verteidigungsvertrages mit sich bringt."* Kurz nach dem Besuch Ronald Reagans im Mai in Spanien hörte sich das schon so an: *„Die Regierung wird sich nur durch das Ergebnis der Volksbefragung gebunden fühlen, wenn die Beteiligung 50 Prozent der Wähler übersteigt."* Mittlerweile heißt es ganz offen, daß Spanien nach dem Willen Gonzales' und seiner Regierung in der NATO bleibt, auch wenn die Regierung das versprochene Referendum verliert.

Interessant ist der Zeitpunkt der klaren Aussage der Regierung. In wenigen Tagen sollen die Ratifizierungsverträge für Spaniens EG-Mitgliedschaft unterzeichnet werden. Offensichtlich war die eindeutige Aussage zur NATO Bedingung der anderen EG-Staaten an Spanien. Nach Aussagen eines spanischen Regierungsberaters in Sachen NATO, räumte vor allem die Bonner Regierung alle EG-internen Hindernisse für einen Beitritt Spa-



niens aus dem Weg, *„nicht weil sie großes Interesse daran hätte, daß unser Land der Wirtschaftsgemeinschaft beitritt, sondern weil sie besorgt war, über unseren möglichen Austritt aus der NATO."* So ist dann die Beibehaltung der NATO-Mitgliedschaft der Eintrittspreis Spaniens in die EG.

Aber die Partei des Regierungschefs Gonzales, die PSOE, sieht sich einer immer stärker werdenden Anti-NATO-Bewegung gegenüber. Während Gonzales zusammen mit dem König Juan Carlos in La Coruna anläßlich der „Woche der Streitkräfte" eine Militärparade abnahm, demonstrierten in Madrid einige hunderttausend Menschen bei einer „Fiesta" gegen den Verbleib Spaniens in der NATO. Das „Präsidium für ein Referendum" hatte das Volksfest veranstaltet. Kurz zuvor hatte schon eine große Protestkundgebung stattgefunden.

## Nach den Ereignissen von Brüssel:

# Schmeißt die Faschisten aus den Stadien

**Man braucht die Ereignisse von Brüssel nicht nochmals ausführlich zu schildern. Sie waren Thema Nr. 1 in allen Fernsehsendungen und den Zeitungen. 38 Tote, Hunderte Verletzte bei den schweren Auseinandersetzungen vor Beginn des Europa-Cup-Finales. Nach dem ersten Schrekken, dem Entsetzen über die Brutalität geht die Diskussion jetzt um die Frage, woher kommt diese Aggressivität, wer ist daran schuld, kann soetwas auch in westdeutschen Stadien vorkommen? Nachdem zunächst nur Sicherheitsmaßnahmen in und vor den Stadien diskutiert wurden, kommen jetzt nach und nach immer mehr Tatsachen ans Licht, die belegen, der „harte Kern", die auslösenden Verbrecher der Vorgänge in Brüssel waren Faschisten der britischen Nazi-Organisation National Front (NF).**

Der Vorsitzende des britischen Fußballclubs FC Liverpool, John Smith, sagte vor Journalisten, eine Stunde nach dem Europapokalspiel gegen Turin seien sechs Mitglieder der faschistischen Nationalen Front zu ihm gekommen und hätten sich damit gebrüstet, das Blutbad hervorgerufen zu haben. Auch Liverpooler Fans bestätigten dies und berichteten von Flugblattverteilern der NF, die sich über den Schwarzmarkt Karten für das Spiel besorgt hätten. Mitglieder der Nationalen Front sind in England schon mehrfach durch gewaltsame Aktionen gegen Ausländer, besonders Farbige hervorgetreten. Der Präsident des FC Liverpool wollte mit diesen Angaben nicht seine Fans reinwaschen, er sagte, er glaube, daß die Nationale Front die Fans in etwas hineingeführt habe, in das sie normalerweise nicht verwikkelt worden wären. Die Nationale Front habe jedes Spiel unterbrechen sollen, sagte Smith. *„Sie benutzen Fußball als Basis für den Zweck der Gewalt!"*



Diese Erkenntnisse sind nicht neu. In England — und nicht nur da — versuchen die extrem nationalistischen, gewalttätigen Neonaziorganisationen vor allem Mitglieder unter den Fußballanhängern zu gewinnen. Schon seit Jahren sind die Verbrecher der NF in und vor den Stadien aktiv. Noch vor drei Wochen, als beim Spiel Birmingham gegen Leeds ein Jugendlicher getötet wurde, sah man im Zentrum der Auseinandersetzungen die Fahnen der National Front. Und erst kürzlich ist eine Untersuchung erschienen „Hooligans Abroad" (Rowdys im Ausland), die nachweist, daß die Rechtsradikalen sich seit Jahren „energisch bemüht" haben, Fan-Clubs zu infiltrieren. Richard Faulkner, einer der Autoren der Studie: *„Wir haben diese Untersuchung im Auftrag gegeben, um Auslandskrawalle im Ganzen zu analysieren. Das Bild aber, das sich herausschälte, war ein Bild bewußter Unruhestiftung durch organisierte Gruppen."* Rechtsradikaler, faschistischer Gruppen. Die in Englands Stadien mit „Sieg Heil" grüßen, die schwarze Spieler ihrer eigenen Mannschaften beschimpfen, die auch bei lokalen Spielen gern mit der Naitonalflagge, dem Union Jack, auftreten. Ihre Gewalttätigkeit, der übersteigerte fanatische Nationalismus, der Ausländerhaß fällt bei vielen jugendlichen Fußballanhängern, vor allem wenn sie zusätzlich noch alkoholisiert sind, auf fruchtbaren Boden. Der Einfluß der Faschisten unter den Fußballfans ist nicht zuletzt auch ein Produkt der Politik Maggie Thatchers, des Nationalismus, Chauvinismus produziert, um die ständige Verarmung breiter Teile der Gesellschaft und die Perspektivlosigkeit der Jugend zu überdecken. Thatchers Antwort auf die Vorgänge in Brüssel sind nur: mehr Polizei, härtere Strafen, mehr Kontrolle und Überwachung. In einem Stadion soll es bald Elektrozäune geben. Solange aber die soziale Lage nicht geändert, vor allem aber in keinster Weise gegen die Mörderbande National Front vorgegangen wird, bis sie zerschlagen ist, können sich solche Vorfälle immer wieder wiederholen.

## „Hier ist das alles nicht möglich"

Am Donnerstag und Freitag nach Brüssel waren die Zeitungen voll mit den Schreckensbildern, die Fernsehnachrichten zeigten ein ums andere Mal, was sich im Stadion zugetragen hatte. Und am Samstag in der Bundesliga? Wir geben im Kasten rechts einige Beobachtungen der Presse wieder. Beobachtungen von einem „normalen" Spieltag, drei Tage nach dem 38fachen Tod von Brüssel. *„Hier ist das alles nicht möglich"* so war der durchgehende Tenor westdeutscher Stellungnahmen. Borussia Dortmunds Hauszeitschrift, die „Westfälische Rundschau" schrieb am Freitag: *„Die Krawallmacher haben wir fest im Griff" meldet Polizeirat Weidinger. Die ‚Borussenfront', die noch vor einem Jahr für Schlagzeilen sorgte, , ist praktisch tot'. Krawallmacher würden schon vor dem Stadion ‚abgefischt'".* Alles im Griff? Der Bericht „Fußball im Käfig" auf der rechten Seite zeigte, was einen Tag später los war, welche Sorte von Borussen„fans" in Schalke war, wie sie sich aufführten. Und es soll doch niemand so tun, als sei eine bessere Stadionausstattung, mehr Polizei, bessere Überwachung Garant dafür, daß es nicht auch hier zu ähnlichen Situationen wie schon mehrfach in England und jetzt in Brüssel kommen könne.

Im Grunde laufen die Dinge in der Bundesrepublik schon lange auf die gleichen Ergebnisse hinaus. Die Rekrutierungsarbeit neofaschistischer Organisationen unter den jugendlichen, oft arbeitslosen Fußballfans ist schon lange bekannt. Vor Jahren waren die „Hertha-Frösche" berüchtigt, die „Borussenfront" in Dortmund ist ein Alarmsignal. Und wann wundert man sich endlich mal darüber, was die zunehmende Anzahl von schwarz-rot-goldenen Fahnen bei wöchentlichen Bundesligaspielen zu suchen haben. Wer regelmäßig Fußballstadien besucht, kennt diese Leute. Der Sticker *„Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein"* ist Erkennungszeichen einer neuen nationalistisch-faschistischen Strömung, die sich dort breitzumachen versucht, wie auch die vielen Hakenkreuze oder die „Eisernen Kreuze" auf der Fan-Kleidung. Und jedesmal schallt es bei Länderspielen *„Deutschland, Deutschland über alles"* aus bestimmten Ecken, wenn die Nationalhymne gespielt wird. Die Hand zum Hitler-Gruß ausgestreckt — in jeder Kurve, in der die „harten" Fans stehen, ist es zu sehen. Dort in diesen Kurven sind sie zu finden, die für die Krawalle, für Ausländerhaß und Nationalismus verantwortlich sind, Stimmungen anheizen und innerhalb der Massen Fanatismus verbreiten.

Und so lange sie sich in die Masse der unkritischen Fußballfans begeben können, solange können sie dort die Saat des Faschismus der Gewalt verbreiten. Diese „neue Welle" in den Stadien muß man stoppen. Dazu muß man die Faschisten aus den Stadien schmeißen. Man kennt sie — nicht nur an den erwähnten „äußeren" Kennzeichen, oft sind sie vielen Leuten am Ort als Aktivisten neonazistischer Gruppen bekannt. Aber so lange sie nicht verfolgt werden, sondern eher Sonderbehandlung genießen, wird sich nichts ändern. Was anderes als Sonderbehandlung ist es denn, wenn Gruppen dieser Leute mit martialischem Äußeren, blutrünstigen Sprüchen auf den Lippen und ihrer Kleidung („Nur ein toter Schalker ist ein guter Schalker") von Polizei eskortiert in die Stadien geleitet werden, statt sie — zumindest — sofort zurückzuschicken?

Man stelle sich vor, eine Gruppe Punks oder Hausbesetzer würde in ähnlicher Weise in einer Stadt auftreten. Wir fordern nicht den großen Knüppel, mehr Polizei und Gewalt. Aber es muß endlich Schluß sein mit der Verharmlosung der faschistischen Gefahr, mit der stillschweigenden Hinnahme und heimlicher Förderung von Ausländerhaß und Nationalismus in den Fußballstadien. Und nicht nur dort. Brüssel hat es dringlich gemacht: die faschistischen Organisationen müssen verboten werden. Und ein erster Schritt in den Stadien: Schmeißt die Faschisten raus!

## Berichte vom ersten Bundesligaspieltag nach Brüssel

### Fußball im Käfig

Alles ganz normal. Samstag, der 1. Juni, drei Tage nach Brüssel der Besuch eines Fußballspiels – die Reise in ein besetztes Land.

Am Gelsenkirchener Hauptbahnhof treiben sie die Dortmunder Fans in einem U-Bahnschacht zusammen. Etwa 300 vom harten Kern sind da, schwarz-gelb uniformiert, Sprechchöre feiern die Mörder von Brüssel. „Liverpool, Liverpool – das sind die besten Fans der Welt." Die Polizisten durchsuchen penibel, werden fündig: Drei Klappmesser und ein ganzes Sortiment von Spraydosen mit CS-Reizgas werden sichergestellt. Ein wuchtiges Gelb-Trikot versucht sich zu rechtfertigen: „Hier kannze nich unbewaffnet hin. Die machen dich fertig, die Schalker Schweine."

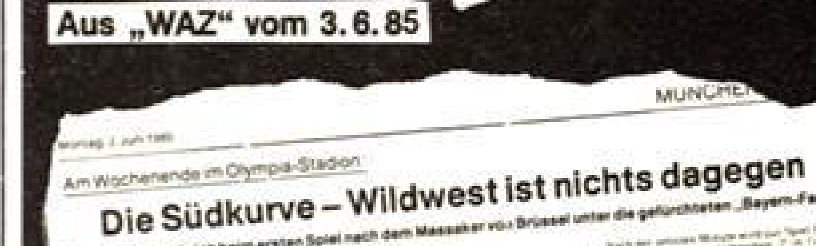
Die Kurt-Schumacher-Straße von der Gelsenkirchener Innenstadt bis zum Parkstadion – ein Schlupfgitter. Als wenn Raubtiere in den Käfig getrieben werden. In der Straßenbahn herrscht drangvolle Enge, an jeder Haltestelle lauern die grünen Mannschaftswagen.

Im Stadion doppelte Sicherheitskontrollen. Polizisten, Ordnungsdienst, überall Gitter, an jeder Ecke Zäune. Irgendwo, weit entfernt, wird Fußball gespielt. Schlachtgesänge, Verhöhnungen des Gegners, Alkohol, Aggressionen. Eine Viertelstunde vor Schluß räumt die Polizei die Hindernisse weg, um den Abmarsch der 42 000 zu ermöglichen. Aus der Schalker Kurve laufen sie hinüber zur Dortmunder Ecke, wollen die feindliche Stellung einnehmen. Prügeleien. Polizisten auf Pferden reiten mit gezogenem Gummiknüppel Attacken, treiben die Rowdies auseinander.

19 Fans werden festgenommen. Zehn Zuschauer liegen mit erheblichen Verletzungen im Krankenhaus. Schalke hat gewonnen. Alles ganz normal.

ULRICH SCHILLING

**Aus „WAZ" vom 3.6.85**



MÜNCHE[N]

Montag, 3. Juni 1985

Am Wochenende im Olympia-Stadion

### Die Südkurve – Wildwest ist nichts dagegen

Reporter mischt sich beim ersten Spiel nach dem Massaker von Brüssel unter die gefürchteten „Bayern-Fans"

... Bayern Meister werden soll und daß die miesen Schweine von Werder Bremen endlich verrecken mögen. Meinem Nachbarn, ganz in Schwarz gekleidet nur mit rot-weißem Stirnband, wird das zu langweilig. Er stimmt neue Texte an, seine Umgebung macht dann mit. Eine Kostprobe: „Schlagt den Uerdingern die Schädeldecke ein" oder „Hitler, Hitler Freund aller Juden". Dabei gerät die ganze Meute einschließlich mir, immer wieder in Bewegung, weil irgendwer von oben schubst. Man muß ständig aufpassen, daß man nicht hinfällt. Und das alles zwanzig Minuten vor Spielbeginn."

**„Wir hassen euch Pfälzer Schweine"**

Zwischen dem Gesang wird auch geredet. Ich kann ein paar Wortfetzen auffangen. Hinter mir erzählt einer, er habe die Schreckensbilder von ...

... immer feindseliger ... beim nächsten Lied ... mitzusingen. Er befaßt sich liebevoll mit dem heutigen Gegner 1. FC Kaiserslautern: „Wir hassen euch Pfälzer Schweine".

Haß, Freundschaft, Kampf – diese Worte sind in der Südkurve immer wieder zu hören. Heilige Leitbegriffe der rot-weißen Fanatiker? Für die es sich, wenn schon sonst nirgends, auf der Stadiontribüne zu kämpfen lohnt? Die meisten dieser Bayern-Anhänger haben sich Sprüche in ihre Fan-Tracht gestickt. Sprüche wie diese: „Gemeinsam in Freundschaft gegen den Feind". „Rot-weiß-rot bis in den Tod".

**Eine verstörte Fußballbraut**

Das Spiel geht los. Unter den wehenden Bayernfahnen färbt sich der Himmel rot-weiß. Auch in puncto Lautstärke und Gedränge gibt es noch eine kaum zu glaubende Steigerung. Direkt unter mir entdecke ich eine Leidensgenossin. Ein kleines ... Mädchen fragt verstört ihren ... Bullen: „Ist das hier le-...

... nahezu geschlossen, lediglich ein paar ... leise Liverpool hochleben.

**„Hängt ihn auf, die schwarze Sau"**

Der Ball rollt wieder. Nachdem der Schiedsrichter einen Freistoß für Kaiserslautern gegeben hat, kann sich der Typ mit dem Bayern-Stirnband minutenlang nicht mehr beruhigen. Immer wieder brüllt er: „Hängt ihn auf, die schwarze Sau."

**Sturz nach dem Tor**

Eigentlich bin ich selbst Bayern-Fan, wenigstens bisher vom Fernsehsessel aus. Doch jetzt bete ich zu Gott, daß Bayern kein Tor schießt. Denn wie führen sich meine Nebenmänner erst dann auf, wenn sie schon bei einem Eckball kaum mehr zu halten sind. Aber alles Flehen hilft nichts. In der 33. Minute schießt Matthäus das 1:0. Meine Furcht war berechtigt. Ich werde im allgemeinen Freudenschrei mit ein paar anderen etwa fünf Meter nach unten gerissen und knalle auf den Boden. Als ich mich wieder aufrapple, wird mir Angst. Ich bin eingekeilt in eine tobende Masse. Viel, denke ich, braucht jetzt nicht noch zu passieren ...

**Ein bißchen Blut macht nichts ...**

Halbzeit. Ich will raus aus dem Getümmel. Oben auf dem Stadionplateau stehen Menschentrauben vor den Kiosken. Darunter auch ein Mädchen mit langen schwarzen Haaren. Sie ist Stammgast in der Südkurve, sagt sie. „Ich liebe diese Stimmung, da brodelt es so schön." Ist dir schon mal etwas passiert? „Richtig verletzt bin ich noch nie worden. Nur ein paar Schrammen, aber ein bißchen Blut macht nichts."

**Bier und lädierte Nasen**

Mir reicht's jedenfalls. Die zweite Hälfte sehe ich mir von hier oben an. Vor den Kiosken versammelt sich eine besondere Sorte von Bayern-Anhängern, die sich gar nicht das Spiel ansehen, sondern ein Bier nach dem andern ...

Zwei tätowierte ...

**Aus „Süddeutsche Zeitung" vom 3.6.85**

## Am Rande notiert

Ein Finanzamt hat dem Karlsruher Arbeitersportverein Taiping die Anerkennung der Gemeinnützigkeit verweigert. Der ASV Taiping sieht sich in der Tradition der alten Arbeitersportbewegung. Gegen die oft gewaltverherrlichenden und kommerziellen Kampfsportvereine hat er sich ausdrücklich ein demokratisch-antifaschistisches Statut gegeben. Die Präambel der Vereinssatzung spricht sich grundsätzlich gegen *„Alle Arten von Rassismus, gegen nationale, politische oder sexuelle Unterdrückung"* aus. Der Verein sieht sich als *„antifaschistische Vereinigung"* und ist *„den Prinzipien der Völkerverständigung und der Solidarität mit unterdrückten und ausgebeuteten Menschen"* verpflichtet. Ferner steht in der Satzung, daß sich der Verein bemüht, *„Seine Mitglieder im Sinne demokratischer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu beeinflussen"*. Das aber ist der Stein des Anstoßes: *„Demokratische Selbstbestimmung und Selbstverwaltung widersprechen dem im Grundgesetz verankerten Prinzip der repräsentativen Demokratie"* entschied das Finanzamt. Und *„jegliche basisdemokratischen Strukturen sind dem Grundgesetz fremd"*. Keine Gemeinnützigkeit für den ASV Taiping. Punkt.

+ + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + +

## Zuviel

Betr.: Leserbrief zum Roten Morgen Nr. 20 Seite 6, „Siemens muß in die Verantwortung"

Bis vor wenigen Tagen hätte ich diesen Brief mit „Liebe Genossen" angefangen, aber was zuviel ist, ist zuviel. Ich bin vor 8 Monaten aus der KPD ausgetreten, da ich diesen Weg nach rechts nicht länger mitzugehen bereit war. Aber immer noch war etwas wie „kritische Solidarität" da.

Die ganze Zeit gingen die Marxisten-Leninisten — und nicht nur die — davon aus, daß das Grundgesetz der BRD eine kapitalistische Verfassung zum Schutz der Interessen der Monopolbourgeoisie ist. Der Abgeordnete der KPD im Verfassungsrat stimmte eben deswegen auch dagegen. Und nun schreibt der RM Nr. 20/S. 6: „Es darf in unserm Land angesichts von Millionen Arbeitslosen nicht mehr möglich sein, daß die Eigentumsverpflichtung aus unserm Grundgesetz für einen so reichen Konzern wie Siemens noch länger außer Kraft bleibt." Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wenn das in der **„UZ" gestanden hätte, wäre dies nicht** verwunderlich. — Aber das von der KPD — offener kann der Verrat am Marxismus-Leninismus kaum noch sein.

Das ähnelt sehr der Geschichte mit den Verstaatlichungsforderungen. Zuerst in Einzelfällen („Dortmund muß Stahlstadt bleiben") von HDK durchgepeitscht, sind das jetzt die „politischen Forderungen der Arbeiterklasse". (RM 17). Laut Engels ist der Staat der „ideelle Gesamtkapitalist". Die Arbeiter sollen nicht mehr für den Sozialismus wie z. B. in Albanien eintreten, (Albanien ist laut E. H., Mitglied des ZK, eine Erziehungsdiktatur), sondern nur dafür unsere Köpfe hinhalten, vom ideellen Gesamtkapitalist ausgebeutet werden. Die gesamte Staatstheorie von HDK wird immer abstruser, hat mit Marxismus einen Scheiß zu tun.

Liebe Genossen Marxisten-Leninisten in der KPD, laßt diese Revis den Weg des KBWs, der KPD/AO gehen, da ist sowieso nichts mehr zu holen, geht den sozialistischen Weg — kämpft mit der Arbeiterpartei der Zukunft — kämpft mit der MLPD!
Franz aus Heidelberg

P.S.: Wenn ihr Mut habt, veröffentlicht ihr den Brief.

**Anmerkung der Redaktion**
Lieber Genosse Franz! Unrichtig ist, daß Genosse E. H. Albanien für eine Erziehungsdiktatur hält. Richtig ist, daß die MLPD Albanien für revisionistisch hält.

## Verantwortungslos?

Nun traut Ihr Euch also nicht mal mehr, den Programmentwurf auf Grund der Diskussion in der Partei zu überarbeiten. Da sieht es mit der Mehrheit, die dieses antimarxistische Werk als brauchbare Diskussionsgrundlage bezeichnet, wohl nicht so üppig aus?

Ich gehöre zu den Genossinnen, die eine völlig andere Auffassung zu unserem Programm haben. Es ist ja nicht nur, daß Ihr die führende Rolle der Partei beharrlich leugnet, mit dem Hinweis, daß dieser Umstand für die Entartung der Parteien in der UdSSR etc. verantwortlich sei. Wann äußert Ihr Euch zur Entartung der PAA? Es wird im Programmentwurf überhaupt kein Ansatz einer Klassenanalyse erkennbar („Ich weiß überhaupt nicht, was ich damit soll", so eine Genossin aus dem ZK auf unserer letzten MV).

Anstatt einer gründlichen Analyse der bestehenden Verhältnisse werden punktuell die Auswirkungen des Kapitalismus auf die Arbeiterklasse benannt wie z.B.: Sozialabbau, Existenzunsicherheit. Stattdessen laßt Ihr Euch konkret bis ins Detail über die Situation nach dem „radikalen gesellschaftlichen und politischen Umschwung" (soll das die gewaltsame Revolution sein?) aus.

Als Sofortmaßnahme bezeichnet Ihr die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Begrenzung des Arbeitstages. Und wenn was kaputt geht bei der Revolution? Das soll schon vorgekommen sein. Dann müßten doch alle zunächst mal mehr arbeiten, um alles wieder aufzubauen.

Weiter garantiert Ihr, daß alle Parteien nach dem Umsturz zugelassen werden, die nicht offensichtlich für den Sturz der Arbeitermacht eintreten. Keine Sorge, die Bourgeoisie wird schon wissen, wie sie versteckt für den Sturz der Arbeitermacht arbeiten muß. Allerdings muß sich bei diesem Programm die Kapitalistenklasse keine ernsthaften Sorgen machen, daß es ihr an den Kragen geht. Hier nur ein paar Punkte, um die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zu skizzieren.

Ich finde es verantwortungslos, diesen Programmentwurf zu veröffentlichen, um andere revolutionäre Organisationen Gelegenheit zu geben, sich an der Debatte zu beteiligen. Die Grundlagen der Partei müssen vor allen Dingen erst mal in der Partei klar sein — aber da Ihr eine Einheit aller revolutionären Sozialisten anstrebt, die Partei in einen Verband umändern wollt, ist es von Euch eine logische Konsequenz. Eine gründliche Kritik an dem Programmentwurf wird von uns gerade erarbeitet.
G. aus Bremen

## Trotzkistin?

**Wäre Rosa Luxemburg heute Trotzkistin?** Trotzkistin, Titoistin, Revisionistin — in diese Ecke würde Rosa Luxemburg wohl heute gestellt und unversöhnlich bekämpft, meldete sie sich heute zu Wort. Und zwar bekämpft von den Bolschewiki-Polemikern innerhalb und außerhalb der KPD, wie dies jetzt mit H. D. Koch und dem ZK geschieht. **Warum?** Weil die Vorstellungen Rosa Luxemburgs über die Diktatur des Proletariats deutliche Parallelen zu den Thesen des ZK und dessen Programmentwurf erkennen lassen. Sie sind in Wirklichkeit ein weiterer Beleg für die Auffassung des ZK, daß es heute gilt die Dogmatisierung und Verengung des Marxismus aufzubrechen, entstanden durch die „von den historischen Besonderheiten abstrahierenden Verallgemeinerung des sowjetischen Weges".

Welche Auffassung hatte nun Rosa Luxemburg? „Diktatur des Proletariats, das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation (sprich Enteignung — H.) der Kapitalistenklasse." (S. 296) Sämtliche Zitate sind entnommen aus Frederik Hetmann — Rosa Luxemburg, Ein Leben für die Freiheit; rororo Taschenbuch).

Das Proletariat „soll und muß sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d.h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen in unbeschränkter Demokratie." (S. 284)

. . . „diese Diktatur muß das Werk der Klasse sein, d.h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbarer Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen." (S. 285)

„Sie (die sozialistische Demokratie — H.) beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats." (S. 285)

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit', sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und **seine Wirkung versagt**, wenn die ‚Freiheit' zum Privilegium wird." (S. 284)

„Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der Schule der Erfahrung . . . Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu öffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe." (S. 286)

Fürs erste genug Zitate. Auch wenn die Zitate aus dem Zusammenhang gerissen sind, wird für den Leser doch folgende Schlußfolgerung nachvollziehbar: Die Diktatur des Proletariats kann ihre Aufgaben nur erfolgreich erfüllen, wenn die Umwälzung von der Mehrheit der Arbeiterklasse aktiv getragen wird und deren Organe und deren Tätigkeit in unbeschränkter Demokratie gewählt und kontrolliert werden. Auf diese Weise ist es möglich, die unvermeidlichen Fehler zu korrigieren, das Nützliche zu fördern. Gerade dieses grundsätzliche Demokratieverständnis wird ja auch im Programmentwurf ausgedrückt.

Auch im Programm der KPD von 1919 kommt dies zum Ausdruck. „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt. Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der Klassenherrschaft . . . durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen . . . Und nur in ständiger, lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geist erfüllen."

Die Konsequenz der Darlegungen für die kommunistische Partei sehe ich darin, daß sie die Aufgabe hat, diese unbeschränkte, unmittelbare (direkte) Demokratie (welches ja „allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf", wie R.L. an anderer Stelle ausführt) freisetzen zu helfen. Das bedeutet für die Partei auch zu akzeptieren, daß sie selbst in die Minderheit kommen kann. Durch Zwangsmaßnahmen diese Minderheitsposition aufrechtzuerhalten, wäre ein **Abweichen zur Politik im bürgerlichen Sinne.** Dies mag durch ungünstige Bedingungen, wie sie z. B. die Bolschewiki nach 1917 vorfanden, aufgezwungen sein. Die Korrektur dieser Demokratieeinschränkung muß aber so schnell wie möglich geschehen, sonst ist der **Grundstein für die Restauration des Kapitalismus** gelegt.

Die Einschätzung Rosa Luxemburgs zu dieser Situation nach der Oktoberrevolution werde ich in einem weiteren Beitrag darlegen.
H. aus Köln



# PINWAND

## Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

**VORANKÜNDIGUNG**
**KJD-Seminar Süddeutschland**
**13. bis 15. September bei Augsburg**
**Thema: Solidarität mit Nicaragua**
**Reiseberichte — Film — und eine politische Aktion vor Ort**
**Teilnehmergebühr: 25,— DM**
**Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30**

## WESTBERLIN

**Diskussionsrunde der KPD**
**„Sozialismus aber wie?"**
**Donnerstag, den 13.6. um 19.00 Uhr im Büro der KPD in 1000 Berlin 44, Mainzer Str. 18**

## HAMBURG

**Veranstaltungen der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG)**
7. Juni, 19.30 Uhr in der „Motte", Rothestr. 50, HH-Altona:
**Albanien in der Epoche Enver Hoxhas**
Vortrag, Gedichte, Foto-Ausstellung, Literatur- und Volkskunstverkaufsausstellung

26. Juni, 19.30 Uhr in der „Werkstatt 3", Nernstweg, HH-Altona, Clubraum 1. Stock:
**Skanderbeg — Retter des Abendlandes**

## 9. Jahrestag des Aufstandes von Soweto

**Wir, die schwarzen Südafrikaner in Hamburg (Azanian Adhoc Committee for the Commemoration of June 16th), feiern den 9. Jahrestag des Massakers an den demonstrierenden Schülern im ganzen Azania. Dieses Blutbad fing am 16. Juni 1976 in Soweto an, wobei die südafrikanische Polizei auf die friedlich demonstrierenden Schüler schoß. Mehr als 300 Schüler kamen dabei ums Leben und viele wurden verletzt. Seitdem erlebt die schwarze Bevölkerung Azanias Serien von Verhaftungen, fortwährende Belästigungen, Verbannungen, usw. Kurzum, Azania befindet sich in einem Zustand des Bürgerkrieges. Kein einziger Tag vergeht ohne Berichte von neuen Gewalttaten der südafrikanischen Polizei und Armee.**

Wir beabsichtigen dieses traurigen Ereignisses wie folgt zu gedenken: 1. **14.06.1985** — Film „6 Tage nach Soweto". Der Film zeigt die gräßlichen Taten des südafrikanischen Regimes an der schwarzen Bevölkerung und ihre Folgen. Anschließend Diskussion. **Zeit: 19.30 Uhr, Ort: Haus 3, Hospitalstr., Hamburg-Altona.** 2. 15.06. — Demonstrationsmarsch (Beginn: **10.00 Uhr**) ab Dammtor (Moorweide) bis Karl-Legien-Platz. Abschlußkundgebung. Südafrikanische Live-Musik (Zeit: **19.30 Uhr, gleicher Ort**) 3. 16.06. — an diesem Tag werden wir unserer Brüder und Schwesern, die im Kampf für die Befreiung unseres Landes gefallen sind, gedenken. Beginn der Veranstaltung: **19.30 Uhr, gleicher Ort.** Inhalt: Vortrag über die Geschichte Azanias, Dias, Gedichte und Lieder.

## BONN am 15. Juni

## Bundesweite Demonstration gegen das Hochschulrahmengesetz

# Strauß-TV „weiß-blau"

## Ein neuer schwarzer Kanal

**Ronald Reagans Rat an die westdeutsche Jugend, Unternehmen zu gründen, wird zumindest von einem jungen Mann fleißig befolgt.** Franz Georg Strauß, Sohn des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß. Der 24jährige Franz Georg Strauß hat schon eine Werbeagentur gegründet, die m2 Media Werbegesellschaft. Mit dieser ist er jetzt auch ins Münchner Kabelprojekt eingestiegen und ist Teilhaber der Firma TV-weiß-blau-Fernsehprogramm-Anbieter GmbH.

30 Prozent der Anteile der neuen Gesellschaft hat der Strauß-Sohn, die anderen Anteile sind auch in — im wahrsten Sinne des Wortes — rechten Händen. Mit von der Partie sind der langjährige CSU-Kulturreferent Hubert Wagner und Josef Linsmeier, CSU-Bundestagsabgeordneter, der frühere Medienreferent der Hanns-Seidel-Stiftung. Als Geschäftsführer fungiert Walter Knorz, der auch direkt von der CSU-Stiftung Hanns-Seidel kommt.

Eigentlich ist das Münchner Kabelprojekt ein reines Hörfunkprojekt. Im „Gesetz über die Erprobung und Entwicklung neuer Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern", das Grundlage der Kabelprojekte ist, ist von Fernsehen keine Rede. Im Gesetzestext ist auch hauptsächlich immer von Hörfunksendungen die Rede. An einer Stelle heißt es aber: "Die Erprobung kann sich auch auf andere neu verfügbare Frequenzen zur drahtlosen Übertragung von Rundfunksendungen erstrecken". Das Wort „Rundfunksendungen" — so haben die cleveren Medienmacher herausgefunden — umfaßt im juristischen und technischen Gebrauch Hörfunk und Fernsehen. Womit der Weg für die neuen Programmacher frei war.

Franz Georg Strauß kann so nun den Kunden seiner Werbeagentur auch einen „eigenen" TV-Sender anbieten. Aber er ist weiterhin noch einer der kleinen Fische im Münchner Mediengeschäft. Groß eingestiegen sind unter anderem auch in einem Gemeinschaftsprojekt die Großverlage Springer und Burda. Wie „weitsichtig" sie operieren, macht folgendes Beispiel deutlich. Schon seit Monaten berieten sie ihr Kabelprojekt unter dem Namen „Radio 89" vor. Als am Dienstag vor Pfingsten die neuen freigegebenen Frequenzen bekanntgegeben und verteilt wurden, hießen sie 96.3 Megahertz, 92.4 Megahertz und 89.0 Megahertz. Das Springer-Burda-Projekt „Radio 89" bekam die Frequenz 89.0 Megahertz. Da wir an prophetische Gaben nicht glauben können, ist das wohl eher auch das Ergebnis des beherrschenden CSU-Einflusses in der Münchner Medienlandschaft.



**Fernsehmacher Franz Georg Strauß mit Vater**

# SPENDET!

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

wir müssen Euch (mal wieder) um Spenden angehen. Die Finanzierung des RM und der gesamten Parteiarbeit ist uns nicht nur aus den Verkaufserlösen und den (immer noch hohen) Beiträgen möglich. Trotz erneuter Einsparungen beim Druck läge auch heute ein kostendeckender Preis für den RM bei weit über 2,— DM. Ein Preis, der sich politisch gar nicht vertreten läßt.

Im Rahmen der Finanzpläne 84 und 85 haben wir beim zentralen Apparat alles eingespart, was uns möglich und ohne wesentlichen Schaden für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei machbar erschien. Nach wie vor vorhandene Lücken im Finanzplan 85 können wir aber nicht durch erneute Rationalisierungen schließen. Um über die Runden zu kommen, sind wir auf Euer Engagement und Eure Spendenbereitschaft angewiesen. Also: Wem die Stärkung der KPD und revolutionärer Arbeiterpolitik nach wie vor oder mehr denn je am linken Herzen liegt, den bitten wir um Überweisungen auf: KPD, 4600 Dortmund 30

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

**Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:**

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert? 1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, Ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn Ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ir den Differenzberag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß Ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

## Die Bahn feiert Jubiläum:

# Streckenstillegungen und Personalabbau

**In diesem Jahr feiert die Bahn ihr 150jähriges Jubiläum. Und mit Beginn des Sommerfahrplans verteilt sie ihr Jubiläumsgeschenk. Streckenstillegungen und weiteren Personalabbau — bei forcierten Investitionen für Luxuszüge in Konkurrenz zur Lufthansa.**

Seit dem vergangenen Wochenende gilt der neue Sommerfahrplan. Mit Beginn dieses Fahrplans legt die Bahn 240 Kilometer Schienenstrecke still und streicht 670 Züge. Das Programm des Ausdünnens des Streckennetzes wird bei der Bundesbahn von einer permanenten Personalabbaukampagne begleitet. Nach Vorstellungen des Vorstandes der Bundesbahn sollen Ende 1985 nur noch 277500 Beamte, Arbeiter und Angestellte bei der Bahn sein. **Damit hat sich dann die Zahl der Beschäftigten innerhalb von nur drei Jahren um 37000 verringert.**

Während die Bahn mit Museumszügen und massiver Werbung das Jubiläumsjahr begeht, sind vor allem für einkommensschwache Pendler keineswegs rosa Zeiten ausgebrochen. Die Dauerbenutzer der Bundesbahn sind von den vielen Stillegungen am härtesten betroffen. Zwar werden auf vielen Verbindungen jetzt Busse eingesetzt, aber schon ist von Privatisierung dieser Busverbindungen die Rede, die Folgen kann man sich ausrechnen.



**In Schwarz kamen protestierende Bürger zur „Beerdigung" der Bahnstrecke Grävenwiesbach - Wetzlar. Am 31. Mai rollte der letzte Zug hier ein. „Stop dem Schienentod" steht auf dem Transparent.**

Während über viele kleine Strecken langsam Gras wächst, wird der Fernverkehr in den Intercitys immer schneller und komfortabler. Die Anbindung an den Flughafen Rhein-Main in Frankfurt oder Düsseldorf wird perfekter, der kleine Mann, der Pendler kann sehen wo er bleibt. Das einzige, was die Bahn im Jubiläumsjahr noch nicht verkündet hat, ist eine Preiserhöhung. Aber auch die wird nicht lange auf sich warten lassen. **Wetten, daß es kommt, nach Personalabbau und Streckenstillegung dritte Jubiläumsgeschenk der Bahn zum 150.?**



**Das kann die Bahn: mit dem Luxuszug zum Airport.**

# LOHNFRAGEN

**Das Hamburger Wirtschaftsmagazin „Capital" hat eine aktuelle Hitliste der Gehälter der Vorstandsmitglieder westdeutscher Banken erstellt. Danach sind die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank absolute Spitzenreiter. Sie verdienen durchschnittlich 1,145 Millionen Mark im Jahr. An zweiter Stelle liegen die Mitglieder der Chefetage der Dresdner Bank. Sie verdienten in 1984 durchschnittlich 827144 DM. Sie konnten den zweiten Platz aber nur behaupten, weil sie sich selbst eine zwölfprozentige Lohnerhöhung zukommen ließen. Die größte Lohnerhöhung gestatteten sich die 14 Vorstandsmitglieder der Bayerischen Hypo Bank. Mit einer Erhöhung von gut 32 Prozent schafften sie sich auch ein ansehnliches Gehalt von 727143 DM.**

# NEBENKOSTEN

**Verdiente Politiker erhalten nicht nur stattliche Pensionen. Ex-Bundespräsident NS Carstens z. B. erhält lebenslang sein volles Gehalt von 274000 DM jährlich weiter ausgezahlt. Aber seine „Nebenkosten" sind so hoch, daß er allein für das Jahr 1984 für die Einrichtung eines Büros 286000 DM beantragte.**

**Auch die Altkanzler sind nicht billig. Neben den Pensionen und den Bewachungskosten für derlei wertvolle Menschen haben sie alle auch hohe Nebenkosten, für die der Steuerzahler aufkommt. Altnazi- und Altkanzler Kiesinger erhält jährlich zusätzlich 239000 DM für einen Fahrer, einen Referenten und eine Sekretärin. In seinem Büro beschäftigt man sich zur Zeit vor allem mit dem Memoirenschreiben.**

**Helmut Schmidts Nebenkosten: 348000 DM für Fahrer, zwei Sekretärinnen sowie einen persönlichen und einen Wirtschaftsreferenten.**

**Ergibt allein für diese drei politischen Pensionäre Lohnnebenkosten aus unseren Steuergeldern von 1613000 DM in einem Jahr.**

## Parteibüros der KPD

### und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

**Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.**

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.——h. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, Kontaktmöglichkeit zur KPD: GNN, Rendsburger Landstr. 9, geöffnet: Di u. Fr. 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

**KPD Saar: 6685 Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

**Sektion Westberlin: 1000 Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474